

GLOBALVIEW



<http://afa.at>

Nr. II/2002 / Preis: 3.- €

Schweizer öffnen Tür zur UNO



Gastkommentar

Ursula Stenzel: „Beneš-Dekrete sind politisch beitragsrelevant“ .. Seite 4

Dr. Walter Resl:
„Spaniens Wirtschaft“ .. Seite 6

Portrait

Lakhdar Brahimi .. Seite 18

International

„Ecuador: Ein Land zwischen Armut und Terrorbekämpfung“ .. Seite 9

„Israel: Anfang von Ende der nationalen Einheit?“ .. Seite 11

Österreich

Vortrag: „Medien und Diplomatie“ .. Seite 14

Europäische Union

„Netzwerke und Kommunikation“:
Europäisches Forum Alpbach .. Seite 8

MIT EXTRA BEILAGE:
„Earth Day“ - Ein Tag der Erde





Liebe Leserinnen und Leser!

Die Schweizer öffneten im März dieses Jahres mit ihrem positiven Votum die Tür zur UNO. Die Schweiz ist mittlerweile als 190. Staat der Erde den Vereinten Nationen beigetreten. Olivier Naray analysiert die Volksabstimmung und ihre Auswirkungen für die Schweiz.

Die vorliegende Ausgabe enthält außerdem zwei Gastkommentare, die sich beide mit dem Thema Europäische Union auseinandersetzen.

Dr. Walter Resl, der österreichische Handelsdelegierte für Spanien, berichtet in seinem Artikel über die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen Spanien und Österreich und beleuchtet Spaniens Wirtschaftsentwicklung zur Jahreswende 2001/2002.

Totes Recht oder weiterhin Grundlage für Rechtsentscheide? Über das aktuelle Gutachten des Europäischen Parlaments und die Problematik der Beneš-Dekrete schreibt die Europaparlamentarierin und Vorsitzende des gemischt-parlamentarischen Ausschusses EU-Tschechien im Europäischen Parlament Ursula Stenzel.

Unser Portrait, das in schon bewährter Weise von Lisa Scheidl gestaltet wurde, beleuchtet diesmal den Werdegang von Lakhdar Brahimi, der seit Oktober 2001 UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan ist.

Einer der Höhepunkte des Sommers war, wie jedes Jahr, das Europäische Forum Alpbach, das sich von 15. bis 31. August dem Thema „Netzwerke und Kommunikation“ widmete. Über die Inhalte berichtet Mag. Ruth Pauli, Chefredakteurin der „Alpbach News“ in dieser Ausgabe. Ein ausführlicher Bericht über die Ergebnisse der Tagung wird in der nächsten Ausgabe erscheinen.

Zuletzt sei mir noch ein Wort in eigener Sache gestattet. Dem aufmerksamen Leser mag es vielleicht nicht entgangen sein, dass sich mein Familienstand seit der letzten Ausgabe geändert hat. Ich freue mich, Ihnen anzeigen zu können, dass ich am 24. Mai 2002 den Bund der Ehe eingegangen bin.

Im Namen des Redaktionsteams darf ich Ihnen, werte Leserinnen und Leser, viel Vergnügen bei der Lektüre der vorliegenden Ausgabe wünschen!

Mag. Astrid Pircher
Chefredakteurin

Impressum: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen \approx Büro, Redaktion und Verlag: A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32, Tel./Fax: +43/1/512 85 21, <http://afa.at>, E-Mail: globalview@afa.at \approx Chefredakteurin: Mag. Astrid Pircher \approx Redaktionsteam: Monika Alpögger, Mag. Maria Binder, Mag. Dr. Philip Bittner, Mag. Wolfgang Braumandl, Dr. Ulrike Haider, Monika I. Ioanimescu, Klaus Iro, Bettina T. Kölbl, Roswitha Kreamer, Mag. Konrad Lenneis, Hans-Jürgen Mild, Olivier Naray, Ilaria Palieri, Wolfram Pergler, Michael F. Pfeifer, Carl Rauch, Mag. Stephan F. Resl, Mag. Ursula Schallaböck, Lisa Scheidl, Mag. Thomas Schmidt, Schora Jutta Haschemi, Sipan A. S. Sedeek, Irene Stöckl BA, Martin A. Stradal, András Szigetvari, Michael W. Waibel, Mag. Christian Wlaschütz \approx Layout: Daniel Smidt \approx Grafische Gestaltung: Daniel Smidt \approx Webdesign: Mag. Diego Rainer \approx Druck: Druck 2000 GmbH \approx Bankverbindung: Erste Bank, BLZ 20111, Kto.-Nr.: 31002405788 \approx Nicht gekennzeichnete Bilder: Copyright Redaktion.
GLOBAL VIEW ist ein Magazin von und für Mitglieder und Interessenten des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar und deckt sich nicht notwendigerweise mit der Meinung des AFA oder der LIGA. Die Redaktion behält sich etwaige Kürzungen von eingesandten Manuskripten vor.

Gastkommentare

- ↳ Ursula Stenzel, MEP Beneš-Dekrete sind politisch
beitrittsrelevant Seite 4
- ↳ Dr. Walter Resl Spaniens Wirtschaft zur Jahreswende
2001/2002 und die Entwicklung der
bilateralen Handelsbeziehungen zwischen
Spanien und Österreich Seite 6



Seite 4

Europäische Union

- ↳ Mag. Ruth Pauli „Netzwerke und Kommunikation“:
Europäisches Forum Alpbach,
15. - 31. August 2002 Seite 8
- ↳ Bettina T. Kölbl „Inter-, trans- und supranationaler
Parlamentarismus“ Seite 16



Seite 16

International

- ↳ Mag. Christian Wlaschütz Ecuador: Ein Land zwischen Armut und
Terrorbekämpfung Seite 9
- ↳ Univ.-Doz. Dr. John Bunzl Israel: Anfang vom Ende der nationalen
Einheit ? Seite 11

Vereinte Nationen

- ↳ Olivier Naray Das 190. UNO-Mitglied Seite 13

Österreich

- ↳ Michael F. Pfeifer „Medien und Diplomatie“ . . Seite 14

Studium

- ↳ Mag. Samir Battiss Studying in Paris Seite 5



Seite 5

Portrait

- ↳ Lisa Scheidl Porträt: Lakhdar Brahimi . . . Seite 18

Rubriken

- ↳ Kultur Mag. Astrid Pircher
„Ein Österreicher im Sudan“ Seite 12
- ↳ Termine Veranstaltungen Seite 20
- ↳ Infobox Beneš-Dekrete Seite 4
Ecuador Seite 9
Die Schweiz und die UNO . . Seite 15
Links Seite 15



Seite 18

MIT EXTRA BEILAGE:

„Earth Day“ - Ein Tag der Erde Heftmitte

Beneš-Dekrete sind politisch beitriffsrelevant

Die Folgen der „Frowein-Studie“



Ursula Stenzel, MEP
Delegationsleiterin der
ÖVP im EU-Parlament

Vertreibung ist ein Verbrechen, egal wann und wo es stattfindet. Ob erst vor wenigen Jahren auf dem Balkan oder eben als Folge der nationalsozialistischen Verbrechen mitten in Europa. Mit dem Ungeist einer derartigen Politik zu brechen und sie ehrlich zu verurteilen, ist europäische politische Verpflichtung.

Studien

Die noch vor dem Sommer veröffentlichte Studie der tschechischen Regierung zu den Beneš-Dekreten war daher ein erster Schritt in die richtige Richtung. Diese Studie ist aber auch zweifellos eine Reaktion auf den politischen Druck auf europäischer Ebene, vor allem durch das Europäische Parlament. Gerade das tschechische Straffreistellungsdekret hat in allen Fraktionen zu Kritik geführt. Dass die tschechische Studie jetzt davon spricht, „dass es traurige Gewissheit ist, dass es besonders zu Beginn der Vertreibung zu Exzessen gekommen ist“, und dass Prag auch sein Interesse erklärt, Straftaten im Zusammenhang mit der Vertreibung zu verfolgen und nicht verjährende Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und Täter zu bestrafen, kommt 61 Jahre nach Kriegsende zwar etwas spät, jedoch nicht ganz zu spät.

Der politische Druck auf Prag ist nun bei weitem größer geworden. Auch das Europäische Parlament ist nicht untätig geblieben. Ebenfalls noch vor dem Sommer gab das Parlamentspräsidium eine externe Expertenstudie zu den Beneš-Dekreten in Auftrag.

Die Inhalte dieses Gutachtens zu den Beneš-Dekreten, für das der deutsche Jurist Jochen Frowein verantwortlich zeichnet, sind im Prinzip zu begrüßen. Das Gutachten trägt zu einer Versachlichung der Diskussion bei und hält die Debatte weiterhin auf einer hohen

europäischen Ebene. Es bestätigt auch meine feste Überzeugung, dass die kollektiven Vertreibungen Unrecht waren und für Unrecht auch die moralische Verantwortung übernommen werden muss. Die „Frowein-Studie“ vertritt grundsätzlich die Rechtsauffassung, dass Fragen der Restitution und der Staatsbürgerschaft keine Beitrittsrelevanz haben, da sie nicht mit dem Rechtsbestand der EU in Verbindung gebracht werden könnten.

Da die Frage der durch die Beneš-Dekrete ausgelösten Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen und Ungarn nach 1945 aber nicht nur rechtliche, sondern auch politische und moralische Aspekte habe, kann dieses Gutachten einen Beitrag zur Lösung der offenen Frage bis zum Beitritt der Tschechischen Republik in die EU leisten. Eine „Veto-Keule“ ist in jedem Fall nicht die richtige Antwort auf diese Fragen.

Zum ersten Mal trifft nun auch die Europäische Kommission in ihrem seit 1998 jährlich veröffentlichten Fortschrittsbericht eine Aussage zu den Beneš-Dekreten. Das ist zu begrüßen, auch wenn dieses Signal der Kommission und vor allem Erweiterungskommissar Verheugens auf die immer noch offenen Probleme erst sehr spät kommt. Dass diese Thematik nunmehr im Fortschrittsbericht Erwähnung findet, ist auf die Aufklärungsarbeit der österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament und auf die erfolgreiche diplomatische Tätigkeit Österreichs zurückzuführen.

Die Inhalte des Fortschrittsberichtes bestätigen die auch von mir vertretene Auffassung, dass die Beneš-Dekrete zwar



Fotos Daniel Smid

Prag: Dialog ist möglich

nicht Gegenstand der Beitrittsverhandlungen, aber doch politisch beitriffsrelevant sind.

Gerade wenn nun in verschiedenen Gutachten unterschiedliche Rechtsmeinungen aufeinander prallen, bedarf es politischer Weisheit sowohl von Seiten Wiens und Prags als auch von der Kommission. Wir haben ein politisches Problem zu entschärfen. Ein positives Signal aus Prag könne dazu den entscheidenden Beitrag leisten.

Dass sich nun eben auch die Kommission mit den betreffenden Dekreten befasst hat, zeigt, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Die Kommission kann und darf sich auch weiterhin ihrer Verantwortung in dieser Frage nicht entziehen.

Die vorliegenden Untersuchungen sind durchaus geeignet, die politisch so sensible Frage der Beneš-Dekrete aus dem Parteienstreit herauszulösen. Es ist hauptsächlich der intensiven und verantwortungsvollen Arbeit im Außenpolitischen Ausschuss und Kontakten auf europäischer und bilateraler Ebene zu verdanken, dass dieses wichtige Thema nicht nur von erweiterungs-skeptischen Lärmschlägern besetzt ist, die auf innenpolitisches Kleingeld und auf außenpolitische Konfrontation aus sind. Aus den nun dargelegten Fakten und den wissenschaftliche fundierten Aussagen in den Studien hat nun die Politik ihre Schlüsse zu ziehen.¶

Nach seiner Rückkehr aus dem englischen Exil regierte der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš 1945 mit 143 Dekreten. Der aktuelle Begriff „Beneš-Dekrete“ bezieht sich dabei nur auf jene zehn Erlässe, die die Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der deutschen und ungarischen Bevölkerungsgruppen betreffen und auf dem Prinzip der Kollektivschuld (Kollaboration mit Hitlerdeutschland) beruhen. Sie gehen einher mit dem Amnestiegesetz vom 8.5.1946, das alle von 30.9.1938 - 28.10.1945 begangenen Verbrechen als „gerechte Vergeltung für die Taten der Okkupanten und ihrer Helfershelfer“ für straffrei erklärt.

Das zentrale Problem der Beneš-Dekrete ist heute, dass diese noch immer Bestandteil des tschechischen Rechtssystems sind. Eine rückwirkende Aufhebung der Beneš-Dekrete ist ausgeblieben, da diese tragender Bestandteil der Rechtsordnung Tschechiens (und der Slowakei) sind und dies vor allem eine Welle von Restitutionsforderungen auslösen würden.

1997 kam es zu einer „Ausöhnungserklärung“ zwischen Deutschland und Tschechien, in der Tschechien die Gewaltakte an den Deutschen und Ungarn bedauert hat. Zwischen Österreich und der damaligen CSSR wurde 1974 ein Vermögensvertrag geschlossen, der allerdings nur die Vermögensfragen der vor 1938 in der Tschechoslowakei lebenden österreichischen StaatsbürgerInnen betrifft. Die große Mehrheit der rund 3,2 Mio. Sudetendeutschen waren zu jener Zeit jedoch tschechoslowakische StaatsbürgerInnen und blieben ausgeklammert.

Studying in Paris

General Presentation

The Diplomacy and Multilateral Negotiating Students Association is an innovative postgraduate Association specialising in International Relations and Diplomacy studies. Since the very beginning this association has offered courses and activities which closely follow the move towards European integration and the multilateral negotiating aspect of the international relations. It has continuously adapted its programmes and activities, insisting on high quality and standards so that graduates of this French



postgraduate would be equipped to meet challenges of their times.

Several characteristics make our association and postgraduate particularly attractive, such as its independence, its multilingualism (French, English, German, Spanish, Italian etc.), the diversity of its teaching staff: academics, French and American ambassadors, practitioners across a wide variety of field (such as

militarists, businesspersons etc.), and of course its multinational and multicultural environment creating a real „worldwide microcosm“.

Our postgraduate association attracts specialists from a wide range of academic, military (several French Officers) diplomatic (Ambassador of Afghanistan in Paris, Former Deputy in the US Transportation Department, Director of the Chinese Diplomatic Institute of Beijing, Former President of Lebanon etc.) and professional (i.e. Worldcom Europe Manager) from an enriching diversity of approach.

Our association makes full use of its abilities, and those of its network of partners, in the fields of International Relations and Diplomacy. We cooperate on a complementary basis with the American Graduate School of Diplomacy and International Relations, the French Military School (I.H.E.D.N.) and the International Institute of Public Administration, which is one of the department of the

French Ecole Nationale d'Administration (E.N.A).

Yearly Simulation

Since 10 years, a yearly simulation of 400 hours work provides for the students of our postgraduate the preparation of files on the State, which state is represented by each student. This preparation takes place in the framework of thematic working

groups and of the diplomatic and administrative the represented state. Each student processes with thematic primary and secondary data, re-created the official stance and builds up a shared data bank, defines his/her strategy and implements his/her approach in a eight weeks during negotiation. At the end, an political or legal document should be adopted in the framework of a Final Conference.

This year, the simulation of Multilateral negotiations takes place on 22th and 23th May in Brussels, supported and sponsored by The General Secretary of the European Union / High Representative for the European Common Foreign and Security Policy, Mr Javier Solana Madriaga, in cooperation with the North Atlantic Treaty Organization in Brussels, the Institute of Security Studies of the European Union and the Permanent Representation of the French Republic to EU.

The website of our postgraduate <http://www.diplomarc.org> provides detailed and up to date information about the association's missions and its organization, academic programmes, supporting resources and facilities, both academic and social and links to others useful sources of information.¶

Mag. Samir Battiss

Spanien und Österreich

Spaniens Wirtschaft zur Jahreswende 2001/2002. Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen.

Forum Privat



Dr. Walter Resl
Österreichischer
Handelsdelegierter
für Spanien

Überblick

Im Laufe des Jahres 2001 hat sich das Wachstum der spanischen Wirtschaft, das in den vorangegangenen vier Jahren regelmäßig bei über 4 % lag, graduell abgeschwächt. Im 4. Quartal erreichte das Wachstum nur noch 2,4 %, was für das Gesamtjahr ein Wachstum von 2,8 % ergibt.

Diese Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität ist einerseits eine Folgeerscheinung der verschlechterten externen Rahmenbedingungen und andererseits der deutlichen Abschwächung des Konsums und dem Rückgang der privaten Investitionen zuzuschreiben.

Hätte im letzten Quartal die bevorstehende Euro-Einführung nicht einen Konsumboom (Wohnungen, Wohnungseinrichtung, Luxus-Pkw) durch Ausgaben der Schwarzgeldbestände, die in Spanien ein beträchtliches Ausmaß erreichen, ausgelöst, wäre wohl ein Absturz der privaten Konsumnachfrage die Folge gewesen. Während die Investitionen in Maschinen und Anlagen trotz des günstigen Zinsklimas und fiskalischer Anreize auf ein sehr niedriges Niveau gefallen sind, haben die Aufträge der öffentlichen Hand stark zugenommen und zumindest im Bausektor für eine kontinuierliche hohe Auslastung gesorgt. Die Zahl der Beschäftigten ist um 3% angestiegen, was innerhalb der EU eine positive Ausnahme darstellt. Die Arbeitslosenrate verharrte jedoch auf dem Niveau des Vorjahrs von 13%.

Der spanische Außenhandel, der noch im Jahr 2000 im Export eine 19%ige und im Import eine 20%ige Steigerung verzeichnete, verlor - vor allem in der 2. Jahreshälfte - stark an Dynamik.

Insgesamt wird für 2001 beim Export ein Wachstum von 5%, beim Import von 4 % erwartet.

Der Tourismus erfuhr bis zum September eine zufriedenstellende Entwicklung, die in Folge der Terroranschläge vor allem im Hochpreissegment abrupt abbrach; Spanien liegt nach den USA nun auf dem zweiten Platz der Zielländer. Für die Wintersaison wird bei den wichtigsten Besuchermärkten Deutschland und Großbritannien ein Rückgang von 6 % bzw. 8 % erwartet.

In Mio. €	1997	+/- %	1998	+/- %	1999	+/- %	2000	+/-	2001	+/-
Lieferungen	1.173	+18	1.010	+20	1.700	+10	1.800	+0	1.010	+3
Bezüge	800	+10	987	+0	901	+3	1.048	+0	1.077	+3
Saldo	373		23		799		752		-67	

Die Perspektive für die spanische Wirtschaft kann angesichts der sich wieder bessernden externen Faktoren aber auch infolge einer bereits erreichten Haushaltskonsolidierung als relativ günstig eingeschätzt werden. Die Regierung geht für 2002 von einem Wirtschaftswachstum von 2,4 % und für 2003 - 2005 von jeweils 3 % aus. Die Europäische Kommission und die OECD sind in ihrer Einschätzung für das Jahr 2002 weniger optimistisch: +2 %, sie sehen aber für die Folgejahre ein Wachstum voraus, das 3 % sogar übertreffen könnte.

Österreichisch-spanische Handelsbeziehungen

Durch den Beitritt Österreichs zur EU haben die Handelsbeziehungen zu Spanien eine außerordentliche dynamische Entwicklung erfahren, sodass Spanien als Absatzmarkt gegenwärtig den neunten Platz hinter der Tschechischen Republik und vor den Niederlanden einnimmt. Die Unternehmen beider Länder nützen in

beachtlichem Ausmaß die Möglichkeiten, die der Binnenmarkt - unterstützt durch die in der Währungsunion begründete Zuversicht - bietet.

Die Zahl der österreichischen Unternehmen, die den spanischen Markt beliefern, schätzt die Außenhandelsstelle Madrid auf 2300 - 2500, wobei die Hälfte davon erstmals in den letzten 5 Jahren auf dem Markt aufgetreten ist.

Mit dem Anstieg des Volumens im Warenaustausch ist auch eine merkliche Anreicherung der Lieferpalette eingetreten. Die österreichischen Lieferungen sind daher bedeutend weniger der Konjunktur einzelner Sektoren (Pkw-Industrie) unterworfen als bisher.

Die Entwicklung der österreichischen Lieferungen im Jahr 2001 spiegeln im großen und ganzen die Lage der spanischen Wirtschaft wider. Zum Gesamtjahr 2001 haben die Lieferungen

nach Spanien einen Wert von EUR 1,92 Mrd. erreicht.

Insgesamt sind die österreichischen Lieferungen somit im

Vorjahr um nur 3% gestiegen. Mit Ausnahme der Positionen Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, die in der Relation Spanien eine überragende Bedeutung haben (63 % der Gesamtlieferungen) und wo eine Stagnation eintrat, sind in allen übrigen Warengruppen teilweise sehr kräftige Zuwächse zu verzeichnen. (Bedeutende Einbußen erfuhr die Lieferungen von elektronischen Komponenten, Radioapparate, Papiermaschinen, Lkw, Baumaschinen, Metallbearbeitungsmaschinen, Bekleidung.) Auffällig positive Entwicklungen zeigten Pharmazeutische Erzeugnisse (+61 %) und dauerhafte Konsumgüter (+5 %) bzw. Lebensmittel (+24 %), Getränke (+45 %, u. a. RED BULL) und Zulieferungen für die verschiedensten Industriezweige (+7 %).

Aus den positiven Ergebnissen dieser Warengruppen lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen:

↓ Die österreichischen Unternehmen haben generell an Wettbewerbsfähigkeit

gewonnen und finden in Spanien beachtliches Marktpotential vor.

Die Effekte des Europäischen Binnenmarkts kommen mit Verzögerung jenen österreichischen Herstellern von Konsumgütern zugute, die vorwiegend aus dem Bereich der KMU kommen.

Die Bearbeitung des spanischen Marktes durch die österreichischen Unternehmen erfolgt systematisch und wird nicht nur dem Zufall überlassen.

	Einfuhr in Mio. €		Ausfuhr in Mio. €	
	Jän.-Dez. 2001	Verl. in %	Jän.-Dez. 2001	Verl. in %
0 Nahrungsmittel und lebende Tiere	151,66	+5	28,28	+24
1 Getränke und Tabak	13,86	+25	31,57	+92
2 Rohstoffe (ausg. Nahrungsm. u. mineral. Brennst.)	51,60	+5	19,97	+17
3 Mineral, Brennstoffe, Schmiermittel	0,81	-1	0,08	+130
4 Tierische u. pflanzliche Öle, Fische	1,28	+14	0,13	+20
5 Chemische Erzeugnisse a. h. g.	205,37	+12	183,36	+13
6 Bekleidungswaren	125,72	+12	300,14	+7
7 Maschinenbauzeugnisse und Fahrzeuge	418,21	-7	1.200,12	0
8 Sonstige Fertigwaren	107,37	+10	101,56	+5
9 Waren a. h. g.	0,01	-44	0,49	+15
Spanien	1.078,91	+3	1.912,99	+3

Quelle: STATISTIK AUSTRIA
%-Sätze ebenfalls auf Jabgerundet

Die österreichischen Firmen gelten allgemein als verlässliche Partner, wobei die hohe Bereitschaft, auf Kundenwünsche einzugehen, sehr geschätzt wird.

Gegenwärtig bietet der spanische Markt den österreichischen Unternehmen Chancen im Bereich der Zulieferungen für die Infrastrukturbauprojekte (Eisenbahn, Tunnel, Strassen, Wassernetz, Kombi-Kraftwerke, Wasser- und Abfallentsorgung, Tourismus).

In den letzten Jahren begegnet man auf dem spanischen Markt neben der Konkurrenz von heimischen Herstellern in zunehmendem Maß gut organisierten Vertriebsapparaten ausländischer Mitbewerber. Österreichische Unternehmen können das vorhandene Marktpotential in Spanien in vielen Fällen nicht nutzen, wenn sie nicht auch bereit sind, eigene Vertriebsbüros aufzubauen. Nach wie vor bestätigt sich, dass jene österreichischen Unternehmen, die eigene Vertriebsstrukturen aufgebaut haben oder im Lande produzieren - dzt. ca. 100 -, auf fortgesetzt hohe Umsatzzuwächse verweisen können. Bisweilen wird übersehen, dass Spanien die achtgrößte Wirtschaft der OECD ist

und langfristig mit einer überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung gerechnet werden kann.

Bei den österreichischen Bezügen aus Spanien erscheint das Plus von 3% (EUR 1,1 Mrd.) relativ bescheiden, jedoch sind nur bei KfZ, die 22 % der Gesamtbezüge ausmachen, und bei EDV-Produkten (-20 %) größere Rückgänge eingetreten. Bei allen übrigen Warengruppen sind die österreichischen Bezüge aus Spanien kräftig gestiegen - besonders auffallend ist die Zunahme

bei Lieferungen von Bekleidung (EUR 27 Mio. / +95 %), die das Ergebnis der großen Investitionen in einen eigenen Direktvertrieb durch die spanische Gruppe ZARA sind.

Insgesamt vermerken die österreichischen Außenhandelsstellen in Madrid und Barcelona weiterhin ein steigendes Interesse auch seitens der kleineren Unternehmen in Spanien und Österreich an jeder Art von geschäftlichen Verbindungen.

Beziehung Spaniens mit der EU

Obwohl die Netto-Zuwendungen der EU an Spanien abnehmen, steht Spanien weiterhin an erster Stelle der Nettoempfänger der Europäischen Union.

Im Jahr 2000 erhielt Spanien 14,9 % der EU-Förderungen (EUR 10,9 Mrd.). Im Jahr 1999 standen noch 18,3 % der Gesamtfördermittel zur Verfügung. Vor allem die Ausgaben für Strukturmaßnahmen nahmen deutlich ab, was zu einem klaren Rückgang der EU-Fördermittel führte.

Betreffend die Verteilung der EU-Gelder pro Kopf, stand Spanien an 4. Stelle hinter Irland, Griechenland und Portugal. Spanien erhielt rund EUR 128 pro Einwohner. Hingegen, war

Luxemburg das „großzügigste“ Land, denn jeder Einwohner zahlte netto EUR 148,-. Deutschland besetzte hier den 3. Platz.

Die Debatte über eine gerechte Aufteilung der EU-Gelder hat bereits in

Nettoempfänger im Jahr 2000

	in Mio. €		
	Total	Rückflüsse	Beiträge
Spanien	9.095	11.501	5.495
Griechenland	4.374	5.708	1.334
Portugal	2.112	3.367	1.255
Irland	1.075	2.740	1.664
Italien	213	11.713	11.000
Finnland	217	1.443	1.220
Dänemark	188	1.954	1.665

Nettozahler im Jahr 2000

	in Mio. €		
	Total	Rückflüsse	Beiträge
Deutschland	9.273	12.592	21.775
UK	3.775	10.092	13.887
Holland	1.738	3.750	5.097
Frankreich	1.415	13.098	14.511
Schweden	1.177	1.495	2.033
Österreich	544	1.550	2.064
Belgien	327	8.002	3.380
Luxemburg	195	120	195

den Jahren 1998 und 1999 begonnen. Deutschland forderte eine Verringerung seines Beitrags, wo hingegen Spanien und andere weniger wohlhabende Länder mehr Unterstützung forderten, um zum entsprechenden Wohlandsdurchschnitt aufzuschließen zu können. Laut einer Studie der Sparkasse „La Caixa“ sind die Ungleichheiten in der Verteilung im Jahr 2000 noch nicht vollständig korrigiert worden. Zumal Deutschland 50 % des Gesamtbetrages der Nettozahler einbrachte. Gemeinsam mit Holland, Schweden und Österreich wurde über zu hohe Beiträge geklagt sowie über eine gewisse Benachteiligung gegenüber anderen wohlhabenden Staaten. Abzuwarten bleibt, ob sich diese Situation nicht demnächst ändern wird, da beim Gipfel in Berlin die Bedeutung der Mehrwertsteuer für die Errechnung der Beiträge reduziert wurde, um die Bedeutung des BIP zu erhöhen.

Österreichische Unternehmen können, von EU finanzierten Aufträgen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und Umwelteinrichtungen im weitesten Sinne, Jahr für Jahr eine beträchtliche Anzahl davon für sich verbuchen.¶

- Wirtschaft wächst mit geringerem Tempo (2001: 2,8%).
- Wirtschaftspolitik bleibt auf Stabilitätskurs und setzt auf Liberalisierungsmaßnahmen.
- Privater Konsum verhalten, Investitionen gesunken. Außenhandel wächst erst wieder im 2. Halbjahr 2002.
- Österreichische Lieferungen halten bei hohem Niveau. Firmen nutzen Marktpotential nicht voll; zu wenige Vertriebsniederlassungen.

„Netzwerke und Kommunikation“

*Das Europäische Forum Alpbach
15. - 31. August 2002*

Mag. Ruth Pauli
Chefredakteurin
der „Alpbach News“

Wie kein anderes Begriffspaar prägt „Netzwerk und Kommunikation“ die Welt des beginnenden Dritten Jahrtausends. In bester Alpbacher Tradition widmete sich das diesjährige Forum allen erdenklichen Aspekten von Netzwerk und Kommunikation in ihrer Bedeutung für das Individuum und die Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung.

Seminarwoche

Die Breite der Thematik zeigte sich im Herzstück des Forums, in der Seminarwoche (15. - 22. August): Von international anerkannten Wissenschaftlern wurden die Themen „Sprache und Kommunikation“, „Gehirn und neuronale Netzwerke“, „Vernetzung der Evolution“, „Die Erde als Geo-Bio-Ökosystem“, „Netzwerke und Arbeit“, „Kulturelle Globalisierung“ sowie „Nachhaltiges Wirtschaften“ beleuchtet. Diese intensive Auseinandersetzung mit einer Thematik über eine Woche hin - im Zeichen der Internationalität wurde heuer etwa die Hälfte dieser Seminare in englischer Sprache abgehalten - ist in unserer schnelllebigen Zeit selten geworden. In Alpbach fand aber jener intensive Meinungs- und Gedankenaustausch statt, der den vielgerühmten „Geist von Alpbach“ ausmacht.

Wirtschaft und Ethik

Dem Generalthema „Netzwerke und Kommunikation“ folgten auch die einzelnen Gesprächsveranstaltungen. Auch heuer gab es in Alpbach ein neues Gespräch: „Chefsache Wirtschaft und Ethik?“ (20. - 22. August) - eine Thematik, die durch die tragischen Ereignisse des 11. September 2001 besondere Brisanz erhalten hat. Unter vielen anderen internationalen Referenten sprachen dazu etwa der

Präsident der Stiftung Weltethos, Hans Küng, der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Josef E. Stiglitz, und die Vizepräsidentin von ATTAC France, Susan George.

Architekturgespräch

Das Architekturgespräch, heuer zum zweiten Mal abgehalten, widmeten sich dem Thema „Netzwerk und Architektur“ (16. - 17. August). Bei der internationalen und interdisziplinären Diskussion der Auswirkungen des Netzwerk-Zeitalters auf Baukunst und Stadtentwicklung wurden u. a. Raimund Abraham und Wolf Prix mitdiskutieren.

Technologiegespräche

Die Technologiegespräche (22. - 24. August) befassten sich mit dem Thema „Kooperationen, Netzwerke und Risiken“ und beinhalteten Themenstellungen über die Zukunft der Wissenschaft. In ihrem Rahmen gab die erfolgreiche Veranstaltung „Junior Alpbach“ - heuer zu den Themen „Roboter in der Herzchirurgie“ und „Wo kommt das Wetter her?“ - Kindern und Jugendlichen wieder einen ersten Einblick in komplexe Themenstellungen der Wissenschaft.

Gesundheitsgespräche

Die Gesundheitsgespräche (25. - 26. August) griffen mit „Gesundheit zwischen Informationsschwemme und Sprachlosigkeit“ eine der größten, noch unbewältigten Veränderungen des Verhältnisses Arzt - Patient auf.

Politisches Gespräch

Wie schon in den letzten beiden Jahren war das Politische Gespräch (25 - 28. August) ein internationaler Höhepunkt dieses Sommers. Im Mittelpunkt stand „Die neue Außenpolitik - Neue Themen, Ebenen und Akteure“. Die Krisen der

Welt zeigen, wie nötig neue Paradigmen im politischen Handeln sind, die uns mit dem Prozess der Globalisierung und ihren Auswirkungen erst zurecht kommen lassen. Die Referenten kamen aus allen Teilen der Welt und aus zahlreichen Konfliktregionen sowie aus den internationalen Organisationen, die sich mit der Bewältigung dieser Konflikte befassen.

Bankengespräch

Nach der Internet-Euphorie die große Ernüchterung - das war der Ansatz des diesjährigen Bankenseminars „Bank der Zukunft - Bank im Netz?“ (26. - 28. August).

Wirtschaftsgespräche

Einem ganz anderen Netzwerk, nämlich dem Verkehr, widmeten sich daran anschließend die Wirtschaftsgespräche „Verkehr - Infrastruktur - Nachhaltigkeit“ (28. - 30. August).

Mediengespräche

(Medien-)Kommunikation über die Grenzen hinweg soll endlich eine „europäische Öffentlichkeit“ bringen. Bisher gibt es sie nicht, manche halten sie für unerreichbar. Damit befassten sich die Mediengespräche „Grenzen und Grenzfälle des Medienwachstums“ (29. - 31. August).

Kulturgespräch

Wie jedes Jahr wurde das Programm durch kulturelle Veranstaltungen ergänzt: das Kulturgespräch am 16. August („Neue Medien machen neue Künste“), Konzerte - darunter die Uraufführung eines neuen Werkes von Franz Koglmann im Rahmen der Eröffnung am 15. August - und Ausstellungen.

Und der schon Tradition gewordene (3.) Tirol-Tag, der unter dem UN-Motto für 2002 „Jahr der Berge“ stand (18. August), stellte durch das Aufeinandertreffen von Wissenschaftlern, Politikern, Kulturschaffenden und Wirtschaftsvertretern eine anregende Diskussion der Chancen und Risiken der Alpen als Lebensraum dar. ¶

Ecuador

Ein Land zwischen Armut und Terrorbekämpfung

Einleitung

Ecuador, das Andenland zwischen Kolumbien und Peru, durchlebt erneut schwere Zeiten. Mehrere krisenhafte Phänomene komplizieren gleichzeitig das Leben der inzwischen geschrumpften Bevölkerung. Von den ehemals 12 Mio. BewohnerInnen ist inzwischen etwa 1 Mio. ausgewandert - ein deutliches Zeichen für die Hoffnungslosigkeit großer Teile der Bevölkerung.

Die Themen, die in einem Artikel über Ecuador bearbeitet werden könnten, sind vielfältig. Es ließe sich erneut über die negativen Auswirkungen der Dollarisierung des Landes schreiben. Dass durch die erfolgten Preiserhöhungen viele Menschen Schwierigkeiten haben, Produkte des Grundbedarfs zu erwerben, ist bekannt. Die daraus folgenden Probleme im täglichen Leben kann man sich vorstellen (oder vielleicht als ÖsterreicherIn doch nicht?). Allerdings besteht auch in kaum einem anderen Land eine so gut organisierte Vertretung der indigenen Völker (CONAIE), die immer wieder durch Massenproteste auf diese armutsfördernden Faktoren aufmerksam macht. Auch der Bau einer Ölpipeline mitsamt seinen schädlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt verdiente eine umfangreichere Analyse. Immer wieder kommt es zu Besetzungen von Baucamps durch UmweltaktivistInnen, die teils gewaltsam wieder aufgelöst werden. Es steht zu befürchten, dass weite Teile des Naturschutzgebietes Guarumos durch die Pipeline zerstört werden.

Ich möchte mich aber einem Problem zuwenden, das einige andere einschließt und verursacht - den Auswirkungen des „Plan Colombia“ (PC) auf Ecuador. In der letzten Ausgabe des Global View habe ich die Situation in Kolumbien und die Verabschiedung des „Plan Colombia“ dargestellt. Jetzt erscheint es mir wichtig, die bereits angedeutete Regionalisierung des Konflikts näher zu beleuchten. Als Grundlage für die folgenden Ausführungen dient ein Bericht des „Observatorio Internacional por la Paz“ (OIPAZ), einer

gemeinsamen Initiative verschiedener Menschenrechtsorganisationen, die die Menschenrechtssituation im Norden Ecuadors gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung untersuchten.

„Plan Colombia“ (PC)

Seit 1999 ist der Andenstaat in den Konflikt seines Nachbarn Kolumbien involviert. Ab diesem Jahr konzentrierte sich die US-Außenpolitik in dieser Region auf die direkte Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels. Erhöhungen der Wirtschaftshilfe an Kolumbien sowie an seine Nachbarn wurden mit verstärkten Anstrengungen im Kampf gegen die Drogen verknüpft. Ohne auf die Details eingehen zu wollen, sei daran erinnert, dass der PC vor allem militärische Mittel (Antidrogeneinheiten, Bewaffnung der kolumbianischen Einheiten etc.) zur Erreichung dieses Ziels vorsieht. Die Sorge Ecuadors, dass sich die gewaltsamen Auseinandersetzungen Kolumbiens auch auf sein Territorium ausbreiten, schienen also von Beginn an berechtigt. Die Ausweitung der Militärhilfe würde eine Regionalisierung des Konflikts mit sich bringen, so die Argumentation der Kritiker des Plans.

Eine besondere Bedeutung für Ecuador kommt der militärischen Präsenz der USA im Land selbst zu, welche durch den Stützpunkt in Manta ermöglicht wird. Am 12. November 1999 unterschrieb der Außenminister Benjamín Ortiz Brennan einen Kooperationsvertrag mit den USA, der die Basis in Manta für „actividades aéreas antinarcóticas“ (Luftaktivitäten im Kampf gegen Drogen) zur Verfügung stellt. Der OIPAZ-Bericht erwähnt sehr kritisch, dass dieser Vertrag durch seinen politisch-militärischen Charakter eigentlich auch dem Kongress vorgelegt hätte werden müssen, was nicht geschah. Dadurch ist seine Verfassungsmäßigkeit zumindest fraglich.

Auswirkungen des PC auf Ecuador

Der Bericht weist gleich am Beginn darauf hin, dass - und damit wären wir wieder bei der Verwobenheit verschiedener Krisen - nicht klar unterscheidbar ist, welche Probleme durch den PC, welche durch die ökonomische Krise und welche durch den Konflikt in Kolumbien selbst hervorgerufen werden. So ist ein zentrales Ergebnis der Untersuchung, dass in den genannten Provinzen der ecuadorianische Staat de facto kaum präsent ist. Weder soziale Grundleistungen noch die Regelung von Konflikten werden durch staatliche Stellen ausreichend gewährleistet, sodass große persönliche und soziale Unsicherheit herrscht. In einer solchen Situation befürwortet so mancher die Präsenz bewaffneter Gruppierungen, seien das nun Guerrilleros oder Paramilitärs¹, die Aufgaben übernehmen, die an und für sich dem staatlichen Gewaltmonopol vorbehalten wären. Damit ist der Bildung von lokalen, unkontrollierbaren „Warlords“ Tür und Tor geöffnet, die sich bereits jetzt durch Schutzgelderpressungen, Entführungen, aber auch Hinrichtungen missliebiger Personen in Szene setzen.

Andererseits, und das ist nun eine direkte Folge des PC, kommt es in



Mag. C. Wlaschütz
Politologe

Infobox

Ecuador

Das Land im NW Südamerikas wurde 1830 selbständige Republik. Seitdem erlebte es zahlreiche innere Unruhen und Bürgerkriege. 1942 musste Ecuador einen großen Teil des Amazonas-Tieflands an Peru abtreten. Zwischen Ecuador und Peru kam es Anfang 1981 und erneut 1995 zu bewaffneten Grenzausinandersetzungen. Der 1996 gewählte Präsident A. Bucaram wurde nach schwerer Staatskrise 1997 seines Amtes enthoben, als Nachfolger amtierte F. Alarcón. Der 1998 gewählte Präsident J. Mahuad wurde im Laufe einer neuerlichen Staatskrise im Januar 2000 gestürzt, das Amt übernahm Vizepräsident G. Noboa.



Nordecuador auch zu einer Militarisierung durch die Errichtung neuer militärischer Infrastrukturen, genauso wie durch direktes Eingreifen der Armee in Form von Hausdurchsuchungen. Diese Truppenpräsenz erhöht zwar einerseits in der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit, andererseits aber auch die Gefahr von Willkür und Übergriffen, die auch in den Interviews bereits beschrieben wurden. Weitere Konsequenzen des PC beziehen sich vor allem auf das ökonomische Überleben der Bevölkerung. Traditionell gab es in den Grenzgebieten eine intensive gegenseitige Arbeitsmigration, besonders zu Erntezeiten. Diese Einnahmemöglichkeit für ecuadorianische Männer in Kolumbien fällt nunmehr wegen des großen Risikos aus. Dabei ist ein entscheidender Faktor auch der Einsatz von Sprühmitteln, die die Anbauflächen von Coca zerstören sollen. In sehr aufschlussreichen Reportagen der Zeitung „Guardian“

vom 19. Februar 2002 wird die Ineffizienz dieser Besprühungen dargestellt².

Die erwähnten Einkommensverluste sowie die schwere soziale Lage der Bevölkerung in Nordecuador führen auch dazu, dass tausenden Flüchtlinge aus Kolumbien mit gemischten Gefühlen empfangen werden. Einerseits wurde in Interviews das Einsehen deutlich, in Not geratenen Menschen zu helfen, andererseits aber immer wieder auch darauf hingewiesen, dass sich der Druck am Arbeitsmarkt so noch erhöht. Um hier eine weitere Polarisierung zu vermeiden, sind wohl gezielte, die Bevölkerung wie auch die Flüchtlinge berücksichtigende Programme vonnöten.

Zukunft

Als Zukunftsperspektive ist allerdings zu befürchten, dass die Situation für Ecuador und die Region insgesamt noch

dramatischer wird. Bekanntlich sind die Friedensgespräche zwischen kolumbianischer Regierung und Guerrilla beendet worden. Es ist unwahrscheinlich, dass ein neuer Präsident, vermutlich ein Hardliner, diese in absehbarer Zeit wieder aufnehmen wird. Seit dem 11. September 2001 versucht die US-Regierung zudem kaum noch, ihr zentrales Interesse an der Niederschlagung der Guerrilla, die längst auf der Liste der Terrororganisationen aufscheint, zu verbergen. Ecuador wird daher für alle beteiligten bewaffneten Gruppierungen auch weiterhin und verstärkt als Rückzugs- und Aufmarschgebiet dienen.¹

Anmerkungen

- 1) Über die Entstehung und die Ziele der einzelnen Gruppierungen finden Sie Informationen in Ausgabe I/2002 des Global View, S. 16 - 17.
- 2) Genauere Ausführungen in Ausgabe I/2002 des Global View, S. 16 - 17.

Israel

Anfang vom Ende der „nationalen Einheit“ ?

„Der Mut sich zu verweigern“
Ende Jänner 2002 unterzeichneten rund 50 Offiziere und Soldaten der Reserve einen Aufruf unter dem Titel. „Der Mut sich zu verweigern. Brief der Kämpfer“. Bevor wir auf den Inhalt dieses Aufrufs eingehen, sollte der Leser wissen, dass es in Israel neben dem Grunddienst (3 Jahre für Männer, 2 Jahre für Frauen) bis zum 50. Lebensjahr für Männer jährlich auch einen mehrwöchigen Reservendienst gibt. Gemeinsam bilden sie Zahal (Zva Hagana Le'Israel = Israelische Verteidigungsarmee; engl. Abkürzung: IDF). Die Armee war besonders seit der Zweiten Intifada (Herbst 2000) mit der Niederhaltung des palästinensischen Widerstands in den besetzten Gebieten beschäftigt.

Die Unterzeichner betonen zu Beginn, dass sie keine Pazifisten sind. Sie haben den Staat Israel in allen Kriegen und an allen Fronten verteidigt und wären dazu auch jederzeit wieder bereit. In den besetzten Gebieten gehe es jedoch nicht um die Verteidigung des Landes, sondern um die Perpetuierung der Herrschaft über die palästinensische Bevölkerung. Die Okkupation fordere nicht nur einen hohen Blutzoll von beiden Seiten, sie zerstöre auch alle positiven Werte der israelischen Gesellschaft. Sie diene eigentlich nur der Verteidigung der Siedlungen, die im Falle eines Friedens sowieso geräumt werden müssten. Dazu sind die Unterzeichner nicht mehr bereit. Sie beenden ihren Aufruf mit starken Sätzen, die dem Israel Sharons diametral widersprechen:

„Wir werden nicht weiter jenseits der Grenzen von 1967 kämpfen, um ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu erniedrigen. Wir erklären, dass wir Zahal bei jeder Mission zur Verteidigung Israels weiter dienen werden. Die Aufgaben der Okkupation

und Unterdrückung dienen diesem Zweck nicht - und wir werden daran nicht teilnehmen.“

Analyse

Um die Tragweite dieses Aufrufs - und der Reaktionen darauf - beurteilen zu können, sei daran erinnert, dass bei früheren Gelegenheiten (Libanonkrieg 1982, Erste Intifada 1987 ff) auch die selektive Wehrdienstverweigerung auf Ablehnung selbst der (zionistischen)



Endlich Frieden?

Linken stieß. Zahal galt als „heilige Kuh“, als Inbegriff einer demokratisch legitimierten (jüdischen) Volksarmee. Diesmal ließ der Widerstand so lange auf sich warten, weil es Ehud Barak, dem früheren Premierminister der Arbeitspartei, gelungen war, den Eindruck zu erwecken, er hätte in Camp David (Sommer 2000) ein unheimlich großzügiges Angebot gemacht, das Arafat brüsk zurückgewiesen habe. Aus lauter Undankbarkeit und Heimtücke hätte er darüber hinaus die Al Aqsa-Intifada gestartet, um Israel schrittweise und durch die Überflutung mit Millionen palästinensischer Flüchtlinge zu zerstören. Mit „Krokodilstränen“ wurde der Verlust des „Partners“ Arafat beklagt und die Arbeitspartei begab sich in die Arme des Wahlsiegers vom

Februar 2001: Ariel Sharon. Seither kam Shimon Peres die Univ.-Doz. Dr. John Bunzl zweifelhafte Ehre OIP zu, Sharon's Politik nach innen und außen „erklären“ zu dürfen ...

Ausblick

Wie immer auch das Scheitern von Camp David nun beurteilt wird, - und inzwischen sind zahlreiche Details bekannt geworden, die den offiziellen Mythen widersprechen - die Eskalation in den besetzten Gebieten hat eine derartige Ausweitung von Repression, Gewalt, Terror (einschließlich zahlreicher islamistischer Selbstmordanschläge) und Aussichtslosigkeit erreicht, dass selbst jene, die selektive Wehrdienstverweigerung früher abgelehnt haben, nun in ihrer Meinung schwanken. Die Verweigerer sind nicht das einzige Symptom. Letztlich wird auch offen von Kriegsverbrechen gesprochen, deren Verantwortliche in Den Haag zur Verantwortung gezogen werden könnten. Trotz einer großen Koalition des Schweigens und der Gehirnwäsche, trotz der kurzfristigen Unterstützung, die George W. Bush A. Sharon angedeihen lässt, scheint die israelische Gesellschaft an einem Wendepunkt angelangt zu sein.

Der Burgfrieden ist vorbei.¶

Ein Österreicher im Sudan

Die Geschichte von Rudolph Karl Slatin, genannt Slatin Pascha.



Mag. Astrid Pircher
Chefredakteurin
„Global View“

Anfang Juni jährte sich der Geburtstag eines im Sudan sehr berühmten, in seiner Heimat beinahe vergessenen Österreichers zum 145. Mal. Eine Ausstellung auf der Schallaburg zum Thema Sudan stellt das

Leben dieses Mannes im Jahr 2002 wieder ins Rampenlicht!

Beginn eines Abenteuerers

Rudolph Karl Slatin wird am 7. Juni 1857 in Ober-Sankt-Veit (Wien) geboren. Im Alter von sechzehn Jahren gibt er seiner Abenteuerlust nach und arbeitet als Buchhandlungsgehilfe nach Kairo. Von dort aus unternimmt er 1874 seine erste Reise in den Sudan. Im sudanesischen Kordofan trifft er erstmals mit Charles George Gordon Pascha (Militärgouverneur der Provinz Darfur im Sudan) zusammen, der ihn 1878 zum Eintritt in anglo-ägyptische Dienste auffordern wird. Doch vorerst ruft ihn die Einberufung zur k. u. k. Armee nach Europa zurück.

Märchenhafter Aufstieg

Anfang 1879 reist er wieder ins sudanesishe Khartoum. Er tritt in die Dienste von General Gordon ein und steigt im unglaublichen Alter von 22 Jahren zum Provinzgouverneur von Dara auf. Den märchenhaften Aufstieg kann er nicht lange genießen, denn die Vorzeichen des Mahdimus sind bereits spürbar.

Der große Gegenspieler

Die Zeit des „Erwarteten“, des Mahdi (arab. „der von Gott Geleitete“), ist jene Zeit, als die Welt auf den Sudan aufmerksam wird: Denn, einen „Gottesstaat Sudan“ als Ziel, zieht der Mahdi mit seinen Anhängern gegen die anglo-ägyptischen Armeen von Sieg zu Sieg. In Slatin Paschas erkennt er einen seiner Hauptgegner, denn dieser versteht es, seine Truppen geschickt zu verwenden und besitzt Ansehen unter allen Schichten der Bevölkerung. Um die Loyalität seiner Soldaten, die die ständigen Siege des neuen Propheten auf Dauer nicht unberührt lassen, zu erhalten, tritt Slatin Pascha schließlich sogar zum Islam über. Nach schweren Kämpfen mit den Anhängern des Mahdi muss Slatin 1884 aber kapitulieren und geht in eine zehn Jahre



Rudolf Karl Slatin

andauernde Gefangenschaft. Erst 1895 kann er sich dieser durch eine abenteuerliche Flucht entziehen.

Slatin nimmt danach am Rückeroberungsfeldzug der Briten 1898 teil, allerdings nicht an vorderster Front. Sein um seine Sicherheit bemühter Adjutant ist der junge Winston Churchill. Nach dem britischen Sieg setzt sich Slatin Pascha dafür ein, dass die Familie des Mahdi verschont wird: Ein Umstand, der ihm viel Ruhm einträgt. Der Mahdi selbst stirbt bereits 5 Monate nach dem Fall Khartoums an Typhus. Bis heute spechen der noch lebende Enkel des Mahdi, aber auch viele Sudanesen, mit Ehrfurcht von Slatin Pascha.

Nach der endgültigen Niederlage der Mahdisten wird Rudolph Slatin von 1900 - 1914 englischer Generalinspekteur des Sudan, Berater von Königin Victoria und ein beliebter Gast an europäischen Fürstenthöfen. In der „Spitzvilla“ im

oberösterreichischen Traunkirchen, die er im Jahre 1897 erwirbt, empfängt Slatin verschiedene bedeutende Persönlichkeiten seiner Epoche, darunter den englischen König Eduard VII. und Kaiser Franz Josef.

„Feuer und Schwert im Sudan“

Die Erlebnisse seines Kampfes gegen die Mahdisten und seiner Gefangenschaft verarbeitet Rudolf Slatin Pascha in seinem Buch „Feuer und Schwert im Sudan. Meine Kämpfe mit den Derwischen, meine Gefangenschaft und Flucht 1879 - 1895“, das um 1900 zu einem Bestseller wird.

Während des Ersten Weltkriegs ist Slatin schließlich als österreichischer Leutnant Leiter der Kriegsgefangenenhilfe des Österreichischen Roten Kreuzes. Zuletzt wird er sogar Ehrenbürger der Stadt Wien. Er stirbt am 4. Oktober 1932 in Wien. Sein Grab befindet sich bis heute am Friedhof von Ober St. Veit in Hietzing.¶

Anmerkungen

1) Charles George Gordon Pascha (1833 - 1885): britischer Offizier; 1877 - 1880 Generalgouverneur des Sudan, wo er den Sklavenhandel abschaffte. Zur Bekämpfung des mahdistischen Aufstands erneut in den Sudan entsandt fand er beim Fall Khartoums 1885 den Tod.

2) Ägypten besetzte 1821 den Südsudan. Unter britischer Führung (Ägypten wurde seit 1882 von den Briten kontrolliert) zerstörten ägyptische Truppen 1896 - 1898 das Reich des Mahdi im Sudan, wo die ägyptische Herrschaft 1881 zusammengebrochen war. Bei der Eroberung Khartoums 1885 wurde General Charles Gordon getötet. Europa empfand diesen ersten Erfolg einer anticolonialen Bewegung in Afrika als Affront, den es wieder gutzumachen galt. 1898 fielen bei Omdurman über 10.000 Sudanesen unter dem Kugelhagel englischer Maschinengewehre. 1899 - 1956 wurde der Sudan als britisch-ägyptisches Kondominium verwaltet.

3) Pascha: [türk., aus pers. Padischah], Titel der höchsten Beamten und Offiziere im Osmanischen Reich, auch in Ägypten; im 20. Jh. abgeschafft.

Buchtipps

G. Brook-Shepherd, Slatin Pascha, 1972
H. A. Vogelsberger, Slatin Pascha. Zwischen Wüstensand und Königskronen, 1992
Ausstellungskatalog, Sudan - Arabien und Schwarzafrika am Nil, 2002

Nun ist es soweit: Volk und Stände der schweizerischen Eidgenossenschaft haben souverän in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 3. März 2002 entschieden als 190. Staat, also fast als letzter Staat auf der Erde, der Organisation der Vereinten Nationen beizutreten. Der Schritt ist symbolisch enorm, denn er bestätigt den Trend der politischen Öffnung der letzten Jahre, materiell gesehen wird sich weder für die Schweiz noch für die Uno mit diesem Ereignis viel ändern. Der offizielle Beitritt erfolgt erst im Herbst dieses Jahres.

Analyse

So eindeutig war das Resultat jedoch nicht. Knapper hätte das notwendige Ständemehr nicht ausfallen können: nur 12 gegen 11 Kantone haben der Beitrittsinitiative zugestimmt. Das Volksmehr vom kaum 54,6 % mit für Schweizer Verhältnisse der hohen Stimmbeteiligung von 58 %, hinterlässt auch trotz des positiven Resultats einen schlechten Beigeschmack. Man möge darüber lächeln, dass die Schweiz länger als 5 Jahre gebraucht hat, um der einzigen universellen internationalen Organisation schlussendlich beizutreten, allerdings gilt es nun sachlich und rational zu erklären, warum die souveräne Entscheidung Mitglied der UNO zu werden in einem der reichsten und demokratischsten Staat der Welt, selbst wenn letztlich positiv, so schwer fällt.

Natürlich freut sich die Mehrheit, welche die Öffnung befürwortet hat. Es wurde ja oft genug als lächerlich bezeichnet, dass die Schweiz in ihrem Beobachterstatus während der Generalversammlungssitzungen nur als letzte das Wort ergreifen und sich bloß symbolisch - ohne mitstimmen zu können - über die internationalen Angelegenheiten äußern durfte. Das heißt, warum nun draußen bleiben, wenn alle dabei sind, und außerdem ist es die Eidgenossenschaft, welche zum Großteil die UNO-Infrastruktur in Genf aus Steuergeldern finanziert, all dies ohne mitstimmen zu dürfen. Eine Ablehnung würde also dem Ansehen der Eidgenossen weltweit schaden, d. h. sie würden als verschlossen und isolationistisch eingestuft. Darum sei für ein kleines, offenes und globalisiertes Land nach dem Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung in den internationalen Beziehungen - das offensichtlich die Werte und den Inhalt der

Das 190. UNO Mitglied

Die Schweiz tritt als 190. Staat der Erde der UNO bei

UN-Charta teilt - der einzigen universellen internationalen Organisation beizutreten nun ein logischer und vernünftiger Schritt, so die drei von vier Regierungsparteien und die große Mehrheit der Interessensvertretungen, wie unter anderem die Export orientierte Wirtschaft, die sich, übrigens, erstaunlicherweise mit erheblichen Mitteln für den Beitritt engagierte. Implizit und explizit wurde auch argumentiert, die Neutralität sei kein Hindernis mehr, da die Schweiz seit elf Jahren bei allen UN-Sanktionen mitmacht. Zudem kommt noch die Frage, wem gegenüber ist man schon neutral, wenn alle in der UNO sind, auch sämtliche übrige Neutralen!

Nichtsdestotrotz wurde von den Gegnern das Argument der Schweizer Neutralität, die für 200 Jahre Frieden, Souveränität und Freiheit gesorgt habe, hervorgehoben. Die UNO sei durchaus politisch und immer wieder durch die Großmächte, vor allem die USA, instrumentalisiert, um sogenannte gerechte Kriege zu führen, „wo die angebliche Moral dem Recht vorgezogen wird“, so die national-konservative Rechte. Die Schweiz habe sich da nicht, wie vor fünf Jahrhunderten nach 1515 nach der wahren Niederlage eidgenössischer Truppen in Marignano, gepredigt wurde, in „fremde Händel zu mischen“. Daher sei das traditionelle Schweizer bewaffnete Neutralitätsverständnis mit der Mitgliedschaft in einer Organisation, wo man zu Sanktionsregimes gezwungen werden kann, nicht vereinbar.

Wir wissen inzwischen, dass die Mehrheit der Bürger und Kantone auf diese relativ vereinfachenden schwarz-weiß Schemen nicht hereingefallen ist. Allerdings ist die Kritik nicht zu unterschätzen. Das Schweizer Ja zur UNO ist vom Pragmatismus - der aus den oben genannten eher materiellen Gründen gesiegt hat - und nicht vom internationalen Idealismus geprägt. Obwohl die UNO als eine großartige Idee und Notwendigkeit vieles erreicht hat, ist sie aber inzwischen in ihren Strukturen der Entscheidungsfindung, wie wir wissen, überholt, und in Tat und Wahrheit, was ihr oberstes Ziel anbelangt, nämlich kollektive Sicherheit, aus

verschiedenen Gründen - worauf hier leider nicht eingegangen werden kann - doch zu oft unwirksam und unglaublich, siehe Fälle Kosovo, Jugoslawien-krieg etc.

Die Schweizer Skepsis besteht daher nicht ausschließlich aus Populismus, das Schweizer (Stimm-)Volk ist außerdem dessen bewusst, dass es sich zu den ganz wenigen zählen darf, die souverän und demokratisch über einen Beitritt zur UNO entscheiden konnte. Deswegen ist die Kritik an die UNO als Fertigprodukt verständlich und berechtigt. Darüber hinaus wäre der hohe Anteil der Nein Stimmen als Signal an die Eliten bzw. die Regierung zu verstehen, dass diese sich als kritisch und selbstbewusst innerhalb der UNO demnächst engagiert. Man vergisst zu oft, dass sich die Schweiz, bei den spezialisierten Organisationen der Vereinten Nationen wie WHO, UNCTAD, ILO, HCR etc. schon immer sehr aktiv eingesetzt hat, und sie kann als deshalb als neues Mitglied der UNO im Diskussionsforum und Ideenaustausch einen wesentlichen Beitrag leisten.

Conclusio

Als Conclusio schauen wir also doch optimistisch mit unseren Idealen, aber ohne idealistisch zu werden, nach vorne. Die territorial zwar kleine schweizerische Eidgenossenschaft, die aber zugleich für viele Frieden, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand verkörpert, wird Mitglied der Vereinten Nationen. Sie kann nun und soll ihre Erfahrung von Freiheit und Demokratie, vom friedlichen Zusammenleben und Respekt von sprachlichen, kulturellen und religiösen Minderheiten, die sie seit mehr als 150 Jahren im Frieden pflegt, innerhalb der einzigen universellen Organisation großzügig einbringen. Die Schweiz hat in ihrer Geschichte von der Welt sozusagen viel profitiert, nun soll auch die Welt von der Schweiz profitieren können! ¶



Olivier Naray
Absolvent der
Diplomatischen
Akademie Wien

„Medien und Diplomatie“

Notizen zu einem Vortrag von Hans Rauscher in der Diplomatischen Akademie Wien.



Michael F. Pfeifer
Präsident des AFA,
Generalsekretär
der ÖGA

Auf Einladung des Direktors der Diplomatischen Akademie Wien, Botschafter Dr. Ernst Sucharipa, gibt Hans Rauscher zunächst einen Überblick zur Sonderstellung der österreichischen Medienlandschaft im europäischen und internationalen Vergleich.

Medien in Österreich

So halte die Krone mit einer Auflage von etwa 1 Million eine Reichweite (gemessen an allen 14 - 69jährigen Österreichern, die lesen können) von 45 %.

Vergleichbare Boulevard-magazine, wie die deutsche Bild kämen auf 15 % oder die Magazine aus dem Vereinigten Königreich auf 8 - 11 %.

Die Krone zähle daher mit dem Luxemburger Wort und einer Zeitung aus Israel zu den Blättern mit der weltweit höchsten Reichweite.

Im Gegensatz zu ihren Lesern, könne die Krone als „außenpolitisch interessiert“ bezeichnet werden, insbesondere um die Außenpolitik zu „gestalten“, hauptsächlich durch Kampagnen (Österreichisch-Tschechisches Verhältnis in letzter Zeit, bzw. positive Berichterstattung beim EU-Beitritt Österreichs). Bei der Beeinflussung der Außenpolitik könne die Krone zwar nicht Prädispositionen setzen, durch das Aufrechterhalten bzw. Verstärken von Stimmungen und Vorurteilen der Bevölkerung jedoch enormen Einfluss ausüben.

Im Gegensatz zu der - von Rauscher als „rechtspopulistisch“ bezeichneten - Krone beurteilt er die außenpolitische Berichterstattung der Kleinen Zeitung (mit Reichweite von 14 % Platz 2 in Österreich), des Kurier (12 %) oder der Salzburger Nachrichten (5 %) als seriöser. Internationalen Standard würden in dieser

Hinsicht nur Die Presse und Der Standard (beide etwa 6 % Reichweite, Auflage 75.000) erreichen.

Die Leser von Standard und Presse beurteilt Rauscher als sehr an Außenpolitik interessiert, wobei er die Presse als „konservativ“ und pro ÖVP-FPÖ - Regierung sieht (Umfrage 36 % der Leser beurteilen die FPÖ als „untragbar“; Themenschwerpunkt der außenpolitischen Berichterstattung Osteuropa, EU), den Standard als „liberal“ (80 % der Leser halten die FPÖ für „untragbar“, Berichterstattung auch über Dritte Welt).



Sich selbst sieht sich Rauscher übrigens als „bürgerlich-liberal“.

Typisch für die Österreichische Medienlandschaft sei auch die wirtschaftliche Verflechtung. News, Format und Profil einerseits und Krone und Kurier andererseits verfügten über zum Teil gleiche Eigentümer. Obwohl sämtliche Medien redaktionell unabhängig seien, würden insbesondere finanzielle Entscheidungen „von oben“ getroffen werden, womit ein gewisser Einfluss auch auf die Berichterstattung gegeben sei, wenn man etwa an die Anzahl von

beschäftigten Auslandskorrespondenten denke.

Der (parteilich beeinflusste) ORF wird von Rauscher als der Meinungsmacher (60 %) in Österreich schlechthin bezeichnet.

Provinzialität

Im allgemeinen sei die Österreichische Medienlandschaft provinzieller als in vergleichbaren Ländern, wie der Schweiz, der Niederlande, Finnland oder Schweden, wo ein besserer Boden für Qualitätszeitungen gegeben sei.

Rauscher erklärt diesen Zustand mit der österreichischen Nachkriegsentwicklung. Es habe für Österreicher keine Notwendigkeit bestanden, nach außen zu blicken; Neutralität und wirtschaftlicher Erfolg im eigenen Land reichte aus.

Die heute notwendige Beschäftigung mit der Europäischen Union, den Reform- und Nachbarstaaten habe das lesende Publikum noch nicht begriffen. Nach wie vor herrsche der Wunsch nach überschaubaren Bedingungen, selbst die Krise in Slowenien und am Balkan wäre mit Gelassenheit bis Ignoranz - auch bei den Eliten - gesehen worden. Die Krone berichte von „der EU da draußen“, so als ob Österreich nicht Teil der EU wäre.

Neue Generation

Nur langsam wachse das Interesse an den mittel- und osteuropäischen Ländern. Insbesondere bei der jüngeren Generation wäre jedoch eine Internationalisierung vor allem aus persönlichen Karrieregründen notwendig. Nicht wie früher könnten 70 % der Universitäts-Absolventen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden; für Berufe in der Privatwirtschaft (Osteuropageschäft, EU-Handel) seien neben Sprachkenntnissen auch das Wissen um internationale Zusammenhänge notwendig.

Es wüchsen daher neue Leser heran. In diesem Zusammenhang sieht Rauscher auch die Gründung des Standard im Jahre 1988 als Teil dieser Entwicklung einer Provinzialisierung.

Medien und Diplomatie

Zur Frage, wie Diplomaten mit Medien umgehen sollten erläutert Rauscher, dass die Zeiten, in denen der Kontakt zwischen Medien und Diplomatie stark formalisiert gewesen sei, in denen das Außenministerium und die Botschaften kaum Interviews gaben, längst vorbei seien, und heute ein besonderes Interesse an den Medien bestünde.

Um für eine Berichterstattung über außenpolitische Geschehnisse zu sorgen empfiehlt Rauscher, je nach Medium zu agieren. Er spricht aus, dass trotz einer journalistischen Ethik auch die Medien dem Markt unterworfen seien und in der Unterhaltungsindustrie leben würden.

Tratsch, Skandale und große Themen wären interessant, Strukturgeschichten nicht. Jeder Journalist brauche gute Geschichten, um Karriere zu machen. Ist die Geschichte nicht gut, käme der Journalist in seiner Karriere nicht weiter, daher würde sie auch nicht publiziert werden.

Auf die Publikumsfrage nach dem Ausmaß der „Neutralität“ der heimischen Medien, erklärt Rauscher, dass Neutralität an sich eine Fiktion sei. Schon die Auswahl der Themen spräche einer Neutralität entgegen, es könne daher höchstens eine gewisse Objektivität verlangt werden.

Abschließend meint Rauscher, dass sich die österreichischen Journalisten als Teil der „politischen Kaste“ sehen würden, und die Politik „gerne mit den Medien ins Bett geht“.¹

Hans Rauscher ist Redakteur und Kolumnist der Tageszeitung „Der Standard“.

Infobox

Die Schweiz und die UNO

Die Schweiz ist im September 2002 der UNO beigetreten. Seit 1948 war sie Beobachterin bei den Hauptorganen der Vereinten Nationen gewesen. Sie war bereits Mitglied aller UNO-Spezialorganisationen, vieler Fonds, Programme und Institute und engagierte sich dort für jene Anliegen der UNO, die auch die Anliegen der Außenpolitik der Schweiz sind: Förderung und Wahrung von Frieden und Sicherheit. Mit dem Beitritt zur UNO, den Volk und Stände am 3. März 2002 gutgeheißen haben, ist die Schweiz auch Mitglied der Kern-UNO und namentlich der Generalversammlung, wo sie sich verstärkt für diese Anliegen einsetzen kann.

Links

<http://www.zukunfteuropa.gv.at>

Website des Österreichischen Bundeskanzleramtes zum Konvent zur Zukunft Europas

http://europa.eu.int/comm/dgs/enlargement/index_de.htm
EU-Kommission, Generaldirektion für EU-Erweiterung

<http://www.chancenerweitern.at>
Information zur EU-Erweiterung

Inter-, trans- und supranationaler Parlamentarismus

26. - 28. Mai 2002 Alpbach/Tirol



Bettina T. Kolbl
Generalsekretärin
der VIMUN

Im Mai 2002 fand eine Sondertagung zum Thema internationaler, transnationaler und supranationaler Parlamentarismus unter Teilnahme namhafter Referenten, wie z. B. DDDr. Waldemar Hummer, Nationalratspräsident Fischer und anderer Parlamentarier des Europäischen Parlaments, in Alpbach statt.

Die Rolle und Funktion parlamentarischer Organe in europäischen Organisationen sollte durch Referate und anschließende Diskussionen genau erörtert werden. Zentrales Thema waren vor allem die Rolle des Europäischen Parlaments als demokratisches Organ eines supranationalen Gebildes und die damit verbundenen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den nationalen und supranationalen Parteienverbänden. Gerade das Problem der mangelnden Legitimität und des Demokratiedefizits führt immer mehr zu einer Abkehr von länderübergreifenden Parlamenten.

Wie können sich solche Vertretungen noch behaupten, wenn die Mitgliedstaaten eine nationale Politik verteidigen und gleichzeitig noch auf europäischer Ebene ihren Aufgaben nachkommen?

Fehlt dem Parlament nicht eine gemeinsame soziale und sprachliche Grundlage, um wirksam die Interessen ihrer Bürger zu vertreten oder ist es gerade die gemeinsame politische Grundlage, die eine solche Diversität überwindet?

Zusammenarbeit der Parteienverbände

Vor allem die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteienverbände auf nationaler und internationaler Ebene soll die Arbeit und die Effektivität solcher

supranationaler Einrichtungen verstärken und den Mangel an Demokratie und Legitimität überwinden, da gerade diese Parteien gewählte Volksvertreter entsenden, um die nationalen Interessen auf internationaler Ebene vorzutragen und mit denen anderer Staaten in Einklang zu bringen.



Mit jeder Erweiterung muss das Europäische Parlament seine Arbeitsfähigkeit durch Abgeordnete aus neuen politischen Parteien (derzeit 128 Abgeordnete), Kulturen und Arbeitssprachen (derzeit 11, bald 21) behaupten, wodurch es sich strukturell von einem nationalen Parlament mit nur einer Arbeitssprache unterscheidet. Diese große Aufgabe ist vor allem von den transnationalen Parteien zu bewältigen.

Mögliche Lösungsansätze

Der zweite Tag der Konferenz war geprägt von einer genauen Darstellung des Europäischen Parlaments und den anstehenden Reformen, wie z. B. eines Entwurfs für ein einheitliches Wahlverfahren oder eines effektiven europäischen Parteiensystems. Die anhaltende Unterentwicklung des europäischen Parteiensystems hat vor allem rechtlich-institutionelle Ursachen:

Ein schwaches Europäisches Parlament macht die Entstehung solcher Parteien, wie wir sie auf nationaler Ebene kennen, auf europäischer Ebene nicht möglich, da die EU kein Bundesstaat ist, auf den diese Regeln anzuwenden sind. Aber auch die Tatsache, dass die Entscheidungsfindungen zu supranationalen Themen von nationalen Parteien getroffen werden, führt zu einem „Mehrebenensystem“, das für eine einheitliche europäische Gesetzgebung nicht nur einen Hemmschuh darstellt, sondern die Effektivität eines

solchen Parlaments stark einschränkt. Die pro-europäischen transnationalen Fraktionen finden als Steuerungs-

sanktionierende Kontrollbefugnisse zur Verfügung. Trotz der „Schwäche“ des Europäischen Parlaments hat dieses

Mitglieder sein. Nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit internationaler, transnationaler und supranationaler Entscheidungsorgane kann zu sinnvollen Lösungen gefunden werden.¶



elemente des Europäischen Parlaments zu wenig Unterstützung bei ihren noch immer schwachen europäischen Parteien und ihren starken nationalen Parteien. De facto wird die Dominanz der Regierungen innerhalb der EU von den europäischen und nationalen Regierungen mitgetragen, was den europäischen Parlamentarismus strukturell in einer schwachen Position hält. Voraussetzungen für eine Lösung dieses Problems wäre vor allem die Stärkung der Einflussnahme des Unionsbürgers auf die politisch wesentlichen Entscheidungen. Diese Punkte müssen in einem einheitlichen europäischen Parteienstatut (Art. 191 EG-Vertrag) und einer einheitlichen europäischen Finanzierung genau festgelegt werden.

dennoch die Möglichkeit, jede einzelne Handlung der Organe auf ihre „Rechtmäßigkeit“ zu überprüfen. Auch hinsichtlich der auf Österreich angewandten Sanktionen hat das Europäische Parlament nicht nur die Zustimmung zu erteilen (Zwei-Drittel Mehrheit), sondern besitzt darüberhinaus auch noch ein Antragsrecht, da auch ein solches nunmehr eine Verletzung der Grundwerte der Europäischen Union nach Art. 6 Abs. 1 EG-Vertrag anzeigen kann. Das Zustimmungsrecht wurde somit um das Antragsrecht erweitert, welches dem Parlament einer stärkere Rolle zuschreibt und es in seiner Rolle als supranationales Entscheidungsgremium festigt.

Kontrollfunktion des EP

Trotz unterschiedlicher Struktur und unterschiedlicher Umstände, die das Europäische Parlament von nationalen Parlamenten unterscheiden, übt dieses - ähnlich wie die nationalen Parlamente - eine Kontrollfunktion aus. Auch auf europäischer Ebene hat es, zwar nicht als Hüter der Verträge, die Aufgabe, die Tätigkeiten der Kommission, des Rates und der Mitgliedstaaten sowohl rechtlich als auch politisch zu kontrollieren. Hierzu stehen dem Parlament sowohl informative als auch

Zusammenfassung

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen den nationalen und supranationalen Parlamenten noch zu verstärken ist, nicht jedoch in die Richtung, dass nationale Interessen zu einer Blockade der europäischen Politik führen sollen, sondern, dass nur durch eine gemeinsame Diskussion, die gerade anstehenden strukturellen Veränderungen, gelöst werden können. Kein Nebeneinander sondern ein Miteinander sollte das vornehmliche Ziel aller



Lakhdar Brahimi on Mission Impossible

Portrait by Lisa Scheidl

„L'homme des missions impossible“ is what the French have dubbed the renown diplomat Lakhdar Brahimi, after being reappointed as UN Special Representative to Afghanistan by UN Secretary-General Kofi Annan to head the formidable mission of stabilizing and rebuilding Afghanistan. The mission being to coordinate humanitarian aid, assess the human rights situation and finally help coordinate the build-up of a political system with a functioning legal and administrative system.

From July 1997 to October 1999 Mr. Brahimi held the same post but resigned after two years of frustration at the uncompromising Taliban regime, saying, „I have tried everything I know.“¹

Although the official UN press release announced that his mission had simply been „put on hold“, it does not seem that they had the foresight at the time to predict Mr. Brahimi would resume his post in October 2001, when Secretary-General Kofi Annan deemed the time ripe for new efforts in Afghanistan.

Biography

Those who have worked with Brahimi know that a resignation is not something this charming, eloquent, but infinitely sceptical and realistic man would submit to easily. Born on the 1st of January 1934, he spent his childhood in the throes of World War Two, and grew up in the midst of the ugly upheavals of the Algerian War of Independence against the French. The complexities of diplomacy were revealed to him during this time, which he looks back upon with a sense of tragedy at the destruction of that conflict, convinced that the bloodshed could have been avoided if the two sides had understood each other.

He studied law and political science in both Algeria and France and is able to speak fluent Arabic, French and English. After university he entered the field of diplomacy, acting on behalf of the Algerian National Liberation Front (FLN) in Indonesia from 1956 to 1961. From here he started nurturing the characteristics which make him so sought after and credible today, namely his ability to communicate successfully between the Islamic and Western world, as well as his perseverance and relentlessness when confronted with hair raising situations.

From 1963 to 1970 he served as ambassador in Egypt and Sudan, simultaneously acting as representative to the Arab League of Nations. His active revolutionary past and polished French education gave him great credibility and an aura of someone who knows what he is talking about, rather than just another well-bred diplomat. This was enhanced by his

marriage to Melica, the daughter of a Yugoslav sea captain based in Egypt, who had formally shipped arms to the FLN.

For most of the seventies he was ambassador in London. This was during a period where the oil boom was enriching Islamic countries at an unprecedented pace and he was one of an international network of cultured Arab intellectuals who could provide a bridge for the Arab states to the West.

However, while spending much of his devotion on bi and multilateral ties, the relationship to his own country started to unravel with the increase of radicalism in Algeria. In 1992 he served as a member of the High Security Council, which took power in Algeria after cancelling the elections which would have brought militant fundamentalists into power. He became the Foreign Minister, but resigned in 1993, frustrated by the interventions of the then Prime Minister, Belaid Abdessalam.

His work in the international sphere had been increasing with his post as Under Secretary-General of the Arab League from 1984 to 1991, during which he helped bring about an end to the civil war in Lebanon.

The UN saw his potential as a mediator and he started a succession of troubleshooting in dangerous and stricken countries in the 1990s. In Zaire (today the Democratic Republic of Congo), he helped persuade then President Mobutu, to leave the country before he plunged it into further chaos. In the Middle East he was engaged in Yemen, and in Iraq he attempted to get Saddam Hussein to admit international weapons inspectors into the country. On the African continent he was involved in the bloody civil war in Liberia, as well as supervising elections in South Africa, that led to the victory of a man he greatly admires, namely Nelson Mandela. As well as this he acted as UN Special representative to Haiti to oversee the transitional period to democracy.

In a less dangerous capacity he was involved in the UN World Summit Conference on Environment and Development in 1992. In New York he was seen as a serious candidate for Secretary-General before Kofi Annan was chosen.

First Mission to Afghanistan (1998 - 1999)

His toughest assignment was the aforementioned role as UN Special Envoy to Afghanistan in 1997. At the time, the Taliban was on a victory spree, having captured Kabul the year before, murdering the former President Najibullah in their wake. Responding to why he took such an assignment on, he

answered, „I take on such cases because I am foolish enough to accept them ... no one else will.“² After two years of mediation efforts Brahimi sadly had to admit, „We are dealing here with a failed state ... It looks like an infected wound.“³ During these two years he did however make exceptional breakthroughs such as being the first UN official to meet the secretive and dangerous Taliban leader Mullah Mohamed Omar, and then brokering a meeting between the Taliban and the Northern Alliance.

After resigning from the Afghanistan mission, he retreated to his home in Paris but remained an important advisor to the UN. In this time, between his first and second mission to Afghanistan, he chaired the famous 'Brahimi report', reviewing UN peacekeeping. He basically recommended an enhanced role for a peacekeeping force, which was greatly praised by the Americans, but after the applause little effort to realize these recommendations followed. The essence of the report highlights the obvious: lack of staff, lack of funds, and a lack of modern communications and intelligence gathering equipment at the UN's peacekeeping headquarters in New York. Not one to mince his words he criticized the UN Security Council for failing to ensure the successful implementation of peace keeping missions, and suggested that in the future, missions only be approved after it is clear that the troops needed are actually available and ready.

Brahimi suggests a complete overhaul and a significant enlargement in peacekeeping headquarters. An example he sighted was that there are 28,000 soldiers⁴ scattered all over the world but only 32 officers who are stationed at headquarters, and not able to provide leadership for these soldiers. To deal with the problem of delay in the deployment of forces, which have in the previous peacekeeping missions caused catastrophes as well as skepticism about the ability and legitimacy of the UN organization, he recommends multinational brigade-sized forces to be on standby and ready for deployment within 30 days. An independent UN army is not an option because member states are mostly opposed to the idea of such a phenomenon. It is clear that Brahimi, in his report, is a great advocate of strengthening the force of peacekeeping missions, to make them more decisive and effective, and as a necessary result more independent from member states who delay missions with moral considerations.

Second Mission to Afghanistan (1998 - 1999)

For the time being, the Security Council and Peacekeeping operations will have to wait. Mr. Brahimi has his hands full in Afghanistan, trying to keep the fragile equilibrium in a country still unsure about its future, with citizens who still don't know whether they can really trust their new government to end the

20 years of war and terror. At the same time he has to continue to get the West to focus on Afghanistan, the war was only the beginning of the end, rebuilding the country will take a lot more effort from both the UN and national governments.

Apart from the still radical, hostile forces, who, threaten to wreak havoc on the country, there are, in Mr. Brahimi's words, „disgruntled individuals and groups who see their interest in the continuation of the conflict, not in it's solution. And these individuals and groups seem to have access to funds, which they use liberally to arouse the feelings of people in particular, former combatants against the peace progress.“⁵ What, however, is needed most, is the continuous inflow of funds from the Western world, which through its arms up in horror at the girls who couldn't go to school, at the malnourished population, at the radical and brutal regime. Mr. Brahimi pointed out that Afghanistan's government does not have a penny, helping Afghanistan return to a state of civil society means building up a country from scratch. Teachers, doctors and officials have not been paid for months, without a functioning social system the Interim Administration cannot deliver and if they do not deliver, the people will lose their hope and turn to the warlords waiting to swoop back to power. ¶

Lisa Scheidl

Sinologist and Political Scientist

Notes

1) <http://www.observer.co.uk/waronterror.../0,1373,578007,00.htm> p.2

2) s.a.

3) s.a.

4) <http://www.rnw.nl/hotspots/html/un000824.html> p. 1

5) Address by Mr. Lakhdar Brahimi, The International Conference on Reconstruction Assistance to Afghanistan, Tokyo, 21 January 2002.

Nächste Ausgabe

Das System bilateraler Freundschafts-Gesellschaften

Rückblick: Die VIMUN 2002

Bericht: Ein Praktikum auf den Philippinen

UNO-Konferenzen am Standort Wien

DVR: 0875538 | Erscheinungsort: Wien,
P.b.b. Verlagspostamt: A-1010 Wien | GZ 02Z030108M
Ausgabe Nr.: II/2002

Über den Herausgeber:



Das **Akademische Forum für Außenpolitik (AFA)** ist die überparteiliche Jugendorganisation Österreichs für alle an internationalen Fragen Interessierte sowie Zweigverein der **Österreichische Liga für die Vereinten Nationen**.

Nähere Informationen:

<http://afa.at>

Büro:

Johannesg. 2/2/32, A-1010 Wien
Tel./Fax: +43/1/512 85 21
E-Mail: austria@afa.at

Präsident:

Michael F. Pfeifer
Tel.: +43/664/233 32 72
E-Mail: austria@afa.at

Vizepräsident:

Johannes Stelzhammer
Tel.: +43/676/925 80 11
E-Mail: finance@afa.at

Generalsekretärin VIMUN:

Bettina T. Kölbl
Tel.: +43/664/222 60 80
E-Mail: vimun@afa.at



Aus dem Veranstaltungsprogramm der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und dem Akademischen Forum für Außenpolitik

Dienstag, 12. November 2002, 16:30 Uhr

Vortrag: „Friedensoperationen von Kreta (1897) bis Afghanistan“

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. SCHMIDL
Landesverteidigungsakademie Wien -
Veranstaltungszentrum
A-1070 WIEN, Mariahilfer Str. 38-40/4. Stock
(Eingang rechts vom Geschäft „Betten Reiter“)
Anm.: Tel.: 01/513 08 37 Fax: 01/513 08 37/15
E-Mail: una.austria@afa.at

Mittwoch, 20. November 2002, 13:00 Uhr

Jour Fixe der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen:

„An Integrated Approach to Drugs, Crime and Terrorism: The Role of the Office for Drug Control and Crime Prevention (ODCCP)“

Antonio Maria COSTA; Director-General des United Nations Office at Vienna und Executive Director des ODCCP
Hotel de France - Salon Baccarat
A-1010 WIEN, Schottenring 3
Kosten: 24,50 EUR für ein Menü mit Getränk

Anm.: Tel.: 01/513 08 37 Fax: 01/513 08 37/15
E-Mail: una.austria@afa.at

Dienstag, 10. Dezember 2002, 13:00 Uhr

Jour Fixe der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen:

„Europa-USA: Partnerschaft in der Krise“

Bot. i.R. Dr. Albert ROHAN; ehem. Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten

Hotel de France - Salon Baccarat
A-1010 WIEN, Schottenring 3

Kosten: 24,50 EUR für ein Menü mit Getränk
Anm.: Tel.: 01/513 08 37 Fax: 01/513 08 37/15
E-Mail: una.austria@afa.at

Donnerstag, 12. Dezember, 19:00 Uhr

„Earth Day 2003“ Informationsabend
(siehe Extra-Beilage)

Aufgrund der Vielzahl unserer Aktivitäten stehen zum Redaktionsschluss noch nicht alle Termine fest. Ein stets aktueller Überblick zu Veranstaltungen von LIGA und AFA sowie Tipps zu Veranstaltungen anderer Organisation ist über <http://afa.at> („Events in Vienna“) abrufbar.

Beiträge sind uns jederzeit herzlich willkommen!

**Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA)
z.H. Fr. Chefredakteurin Mag. Astrid Pircher
Johannesgasse 2/2/32
A-1010 Wien**



„Earth Flag“

An Internationalen Gedenktagen herrscht wahrlich kein Mangel. Auf den ersten Blick ist der „Earth Day“ bloß einer unter vielen und es scheint auch gleich mehrere davon zu geben. Bei genauerer Betrachtung sieht die Sache allerdings anders aus: die ursprüngliche Idee des Earth Day ist genial einfach und trägt gerade deswegen ein großes kreatives Potential in sich: „Zu einem Punkt im Kalender, der die planetare Beachtung einer gemeinsamen Feier ermöglicht, fügt der Earth Day kein lokales oder trennendes Symbol hinzu, keine Erklärung der Wahrheit oder Überlegenheit einer Lebensweise über eine andere. ... Der Tag der Erde könnte der erste wirklich internationale und universelle Feiertag sein.“ (Margaret Mead)

Die Geschichte einer Idee

„Erfunden“ hat den Earth Day der heute 86-jährige amerikanische Journalist John McConnell.

Er beschreibt den Sinn dieses Tages so: „Mein ganzes Leben war ich davon überzeugt, dass wir einen gemeinsamen Inhalt brauchen, der Menschen aus allen Weltanschauungen und Kulturen anspricht - und einen Weg, unsere Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Das könnte uns helfen, die Spirale von Krieg und Ungerechtigkeit, von Hass und Vergeltung zu durchbrechen.“ Auf der Suche nach diesem gemeinsamen Symbol wurde McConnell von Bildern der Erde aus dem Weltraum besonders fasziniert. „Sie machen uns bewusst, auf welch wunderbaren Planeten wir leben. Sie zeigen uns unsere gemeinsame Aufgabe“.

Schon 1957 hatte er, ganz entgegen dem nationalistischen „Sputnik-Schock“, den Start des ersten Erdsatelliten als „Stern der

Hoffnung“ begrüßt: Je sinnfälliger der Umstand würde, dass wir Menschen auf einem Planeten leben, umso mehr ließe sich

daraus eine symbolische Energie ableiten, die sich auf positive Projekte lenken ließe.

Die Fortschritte der Wissenschaft und Technik sollten primär nicht als Bedrohung, sondern als Chance für das Leben des ganzen Planeten gesehen werden. Sein Artikel in einer lokalen Zeitung in North Carolina wurde rasch in hunderten Zeitungen des Landes nachgedruckt.

McConnell, Sohn eines Predigers, war sein Leben lang fasziniert von der Kraft von Mythen und Symbolen: gemeinsame Meditation, die gemeinsame Symbolik, so seine Vermutung, schaffe auch den Raum für gemeinsames Handeln, erschließe unerwartete kreative Möglichkeiten.

Der erste Versuch eines solchen globalen meditativen Events waren die „Minutes for Peace“ zum Gedenken an John F. Kennedy zur Wintersonnenwende 1963, in dem Kennedys flammender Appell zur Stärkung der Vereinten Nationen die tragende Rolle spielte.

Der beste Zeitpunkt, ein Fest der Erde zu feiern

Von da an verstärkten sich McConnells Bemühungen, einen Zeitpunkt zu finden, an dem eine solche Besinnung auf die gemeinsamen Lebensgrundlagen als Ausgangspunkt der Überwindung der „Spaltung der Kulturen“ möglich sein könnte. McConnell, der sein Leben lang in einer christlichen Tradition aufgewachsen ist, entdeckte, dass es eine überraschende Übereinstimmung der Kulturen gibt, die hinter der bunten Verschiedenheit wie ein verborgenes Geheimnis liegt.

„Earth Day“

Ein Tag der Erde - wiederentdeckt

Ob es das christliche Ostern ist, das japanische Kirschblütenfest, das islamische Noruz - um den Frühlingsbeginn herum wenden sich alle Kulturen (der Nordhalbkugel) dem Osten zu, der aufgehenden Sonne, dem Symbol des Neubeginns, des Lebens und der Kreativität.

Mit den Mitteln der Wissenschaft, Beobachtung, Astrologie und Mathematik, lässt sich der genaue Zeitpunkt berechnen, an dem die scheinbare Sonnenbahn den Himmelsäquator schneidet. Diese Schnittstelle wird Frühlingspunkt genannt, ein Bezugspunkt in Raum und Zeit, der für die gesamte Erde gleich ist. An diesem Punkt scheint die Sonne tatsächlich „auf alle gleich“, wie es in einem alten Film heißt. Der Kulturphilosoph Arnold Kayserling hat darauf hingewiesen, dass in den meisten Kulturen dieser Frühlingspunkt oder „Ostpunkt“ den wichtigsten Orientierungspunkt bei der Synchronisierung und Ritualisierung unseres Lebens darstellt. Frühe Dokumente menschlicher Kultur wie Stonehenge zeugen von dem Bemühen, diesen Punkt zu erfassen.



Transparent von Schülerinnen und Schülern aus Deutschlandsberg

Am 3. Oktober 1969 machte John McConnell einigen Mitgliedern des Stadtrates von San Francisco den Vorschlag, einen Tag der Erde zu feiern. Erstmals wurde hier der Name „Earth Day“ verwendet. Nachdem dieser Vorschlag positiv aufgenommen wurde, präsentierte Cynthia Wayburn vom Earth Day Committee im November 1969 auf der UNESCO Konferenz „Mensch und Umwelt“ die Idee und auch die von McConnell entworfene „Earth Flag“. So wurde der Tag der Erde zunächst in San Francisco begangen.

Leider hat im selben Jahr das „Environmental Teach In“ an den amerikanischen Universitäten (eine Veranstaltungsserie um den 22. April) sich ebenfalls in „Earth Day“ umbenannt. Von Beginn an entstand eine Konfusion, die sich auch in völlig verschiedenen Konzeptionen des „Tags der Erde“ ausdrückte. Es ist weithin anerkannt, dass die internationale Umweltbewegung durch diese Aktivität zusammengeführt wurde und dadurch zu einer gemeinsamen Identität fand. (siehe letzte Seite)

Der Earth Day und die Vereinten Nationen

Ungeachtet dessen griff UN-Generalsekretär U Thant die ursprüngliche Idee am „Vernal Equinox“ auf und proklamierte den Earth Day weltweit für den Frühlingsbeginn. (UNITED NATIONS Press Release SG/1749 -- 26 February 1971). Eine Zeremonie im Hauptquartier der Vereinten Nationen wurde organisiert, in deren Mittelpunkt das Läuten der Friedensglocke stand, die 1954 als Geschenk der Japanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in der UNO aufgestellt worden war, um in einer Zeremonie jedes Jahr am Frühjahrsäquinoktium geläutet zu werden. Sie war aus Münzen eingeschmolzen, die Delegierte aus 60 Nationen bei der Konferenz der United Nation



Earth Day 2002 im Gymnasium Frankinstraße

Associations in Paris 1951 sowie japanische Jugendorganisationsen gesammelt hatten.

Die Earth Day Zeremonie wurde wohl bei den Vereinten Nationen jährlich beachtet, doch stand sie insgesamt im Schatten der Massenmobilisierungen des „Earth Day“ am 22. April (und wohl auch des dahinterliegenden politischen Drucks). John McConnell und seine „Earth Society Foundation“ bemühten sich unaufhörlich, an die weit über die reine „Umweltfrage“ hinaus rührenden interkulturellen Wurzeln des Earth Day und sein Potential zu erinnern und für die Ausbreitung des ursprünglichen Earth Days zu arbeiten, doch hatten sie nur in wenigen Fällen wirklich dauerhaften Erfolg damit. Einer davon ist Wien.

Der Earth Day in Wien

Seit 1996 wird die Friedensglocke auch in Wien geläutet. John McConnell hatte 1993 anlässlich der UN-Menschenrechtskonferenz Wien besucht und war auf Initiative von Hans Janitschek auch Ehrengast des ersten „Global Village“ Symposiums an der Wiener Technischen Universität. Als 1995 zum 50. Jahrestag der Vereinten Nationen eine zweite Friedensglocke bei der UN errichtet wurde, entstand der Plan, die Friedensglocke auch in Wien zu läuten. Bis heute ist daraus ein „Dauerprovisorium“ geworden, denn im offiziellen Festkalender der UNO kommt der Tag der Erde (noch) nicht vor. Dennoch haben seit 1996 jedes Jahr Zeremonien stattgefunden, derer sich mit wechselnden Partnern das GIVE - Labor für globale Dörfer annahm: 1996 und 1998 mit Unterstützung der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, 1997 und 2002 in Zusammenarbeit mit der japanischen UN-Mission. 1999 war die „Earth Day Celebration“ um 3 Uhr früh Abschluss der „NGO Internet Fiesta“. Im Jahr 2000 stand sie unter dem Zeichen des Auftritts der Kinder aus der Hauptschule am Kinzerplatz aus den verschiedenen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die mit selbstbewussten Worten gegen Krieg und für Verständigung und Gemeinsamkeit eintraten - unter der „geistlichen Begleitung“ von August Paterno und Lama Gangchen. 2001 begann die Partnerschaft mit Geomantie Wien, in der Umsetzung der „World Day“-Idee des Club of Budapest an diesem Tag um 6:04



Läuten der „Peace Bell“ in der Wiener UNO-City

auch die Sonne im Lebensbaumkreis zu begrüßen. Und 2002 hat sich der „Earth Day“ 22 Jahre nach seiner Geburt nun auch die Herzen vieler Kinder Floridsdorfs erobert.

Earth Day Feier in Wien-Floridsdorf, Aula des Gymnasium Franklistraße, 20. März 2002 - ein Rückblick

Seit zwei Tagen hat es draußen fast ohne Unterlass geregnet. Eigentlich sollte es ein Fest unter der Sonne werden, die an diesem Tag den Himmelsäquator kreuzt und auf der Nord- und Südhalbkugel gleich scheint. Dennoch ist der Festsaal gerammelt voll. Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus Floridsdorf und Umgebung rutschen voller Neugier und Spannung auf den Stühlen und dem Boden der Aula hin und her, bemüht einen möglichst ungestörten Blick auf die Bühne zu erhaschen. An die 500 Leute sind im Saal. Ein paar Ansprachen werden gehalten. Spätestens beim „Earth Day Rap“ der Schülerinnen und Schüler der Mittelstufenschule Kinzerplatz („Unsre Mutter Erde klagt uns an: Mensch was hast Du mir angetan?“) verstehen sie um was es hier geht: Ein Fest zu Ehren der Mutter Erde soll gefeiert werden mit kraftvollen, begeisternden, feurigen Tänzen, Songs, Rhythmen aber auch mit nachdenklichen, leisen und auf-rüttelnden Gedichten und Balladen zum Frieden und zur Zerstörung der Umwelt. Die Kinder haben rasch begriffen, dass das ein Thema ist. Die Erwachsenen brauchen vielleicht ein wenig länger...

Bei der Begrüßung der Gäste durch die Schülerinnen und Schüler von der Mittelstufenschule Kinzerplatz in 19 verschiedenen Sprachen wird allen deutlich, hier wird eine Fest gefeiert, das Jugendliche und Kinder aus vielen verschiedenen Kulturen und Religionen zusammenführt und verbindet. Es sind Jugendliche, die in ihrer Schule und unter Anleitung ihrer Lehrer täglich aufs Neue lernen sich friedlich und freundschaftlich zu begegnen: dieselben Jugendlichen, die in anderen Situationen auch Angst vor dem Fremden, Abwehrreaktionen und Aggressionen gezeigt haben.

Entlang des Bühnenvorhangs zieht sich ein circa 5 m langes Transparent, das Schülerinnen und Schüler aus mehreren Hauptschulen im Bezirk Deutschlandsberg gemalt haben. Wir lesen:

Vertrauen - compassion
 Liebe - committment
 Aufbau - construction
 Visionen - creation

Gezeichnet haben die Kinder mehr als 40 verschiedene Bilder der Erdkugel, auf denen sie ihre Wünsche, Sehnsüchte und Ängste zum Ausdruck bringen. Und inmitten dieser kindlichen „Welten“ finden wir die Unterschriften von Menschen, die sich als Treuhänder des Earth Day verstehen. So auch die Namen der sehr engagierten Lehrerin vom Kinzerplatz Melinda Kastner und der Leiterin des Kulturverein „Transdanubien“ Marietta Wild.

Als unerwartet die Bateria der „Samba Kids“ mit ihrem brasilianischen Impresario eintrifft und einen wahren Trommelwirbel entfacht, beginnt der Saal zu beben! Es gibt kein Halten mehr! Völlig unprogrammmäßig klettern erst eine der türkischen Schülerinnen, dann eine zweite und dritte auf die Bühne und zeigen zu den Sambarhythmen einen Bauchtanz, der ins Blut geht. Niemand kann noch länger still sitzen. Es wird begeistert geklatscht, gepfiffen, gelacht und gesungen. Es gibt keine Entfernung zwischen den Kulturen mehr, nur mehr einen kreativen Schöpfungsakt. Das ist die Magie des Earth Day.

Ganz leise wird es beim „Earth Song“ von Michael Jackson:

...*What have we done to the world
 Look what we've done...
 ...Did you ever stop to notice
 All the blood we've shed before
 Did you ever stop to notice
 The crying Earth, the weeping shores?...
 ...What about the bleeding Earth (What about us)
 Can't we feel its wounds (What about us)
 What about nature's worth (What about us)
 It's our planet's womb (What about us)...
 What about crying whales (What about us)
 We're ravaging the seas (What about us)...*

Nachdenklich und tief berührt schauen alle auf die Leinwand, wo die Bilder von Mary Ann Tubianosa, einer philippinischen Schülerin, den Earth Song auf künstlerische Weise illustrieren. Tränen der Betroffenheit zeigen sich auf manchen Gesichtern und eine Mutter bedankt sich am Ende des Festes mit den einfachen Worten:

„Diesen Tag werde ich nicht vergessen, er war der beeindruckendste in meinem Leben.“

Peace Bell Ceremony

Während die Feier im Gymnasium noch weiter geht, machen sich aus dem Earth Day Organisationsteam einige auf den Weg zur Friedensglocke in die UNO-City.

In Wien und New York werden am Abend simultan die Friedensglocken geläutet. Nach dem gemeinsamen Glockenläuten mit einigen jungen Japanerinnen und Japanern einer Organisation gegen Drogenverbreitung und mit dem japanischen UN-Vertreter Kamohara, denken sie über die Zukunft des Earth Days in Wien nach. Alle sind sich einig: Mehr Menschen sollen von der Möglichkeit erfahren, einen Tag der Erde zu feiern.

Der Earth Day 20./21. März 2003

Wird der Earth Day, nach langer Odyssee, aus dem Schattendasein heraustreten können und von all denen, die den inneren Zusammenhang von Frieden, kulturellem Dialog und nachhaltiger Entwicklung auf ihre Fahnen geschrieben haben, in all seiner Magie wiederentdeckt werden?

Der „Frühlingspunkt“ im Jahr 2003 ist der 21. März, 02:00 Uhr. Ab nun gilt es, ein Programm für den Earth Day 2003 vorzubereiten. Der Inhalt des Earth Day ist so bunt, wie unser Planet selbst, die Gestaltung dieses Tages hängt von den Menschen ab, die ihre Gedanken und ihren Einsatz einbringen.

Das Magazin Global View unterstützt die Idee des Earth Day und ruft als „Initialzündung“ alle Interessierten auf, diesen internationalen Tag auch in Wien als „Weltstadt“ und Amtssitz der Vereinten Nationen entsprechend vorzubereiten.

(Nähere Informationen siehe letzte Seite.)

Mag. Gerhard Spitzer, stv. Bezirksvorsteher Floridsdorf (li)
 und Earth Day 2002 Organisator Franz J. Nahrada (mi) mit
 Masayoshi Kamohara (re)



**Informationsabend für Interessenten und Unterstützer
sowie freiwillige aktive Mitglieder für das Organisationsteam des „Earth Day 2003“:**

Donnerstag, 12. Dezember 2002, 19:00 Uhr
Gasthaus „Zur Fischerin“ (1010 Wien, Johannesgasse 3)
Anmeldung: Tel.: 0664/233 32 72 E-Mail: austria@afa.at

Weitere Informationen:

<http://www.earthway.org/earthday/index2000.html> (bis 2000)

<http://www.earthway.org/earthday> (2002)

Earth Day 2002 - Video bestellbar bei herbert.macik@chello.at

Sonderbeilage zur Ausgabe II/2002 des:

GLOBAL VIEW - Unabhängiges Magazin des Akademischen Forums für Außenpolitik,
der Hochschulliga für die Vereinten Nationen
Johannesgasse 2/2/32; A-1010 WIEN

Tel./Fax: 01/512 85 21 E-Mail: austria@afa.at Webpage: <http://afa.at>

Autoren:

Franz J. Nahrada; Earth Day Wien Organisator bis 2002, GIVE Forschungsgesellschaft (Globally Integrated Village Environment), Labor für Globale Dörfer

Annerose Mühlmann; Pädagogin, Düsseldorf

Michael F. Pfeifer; Präsident des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA), Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen



Rund um den „Earth Day“:

Wann ist der echte Earth Day - eine Aufklärung an die Umweltbewegung
von Gerald Bauer, SOL (ehemals Friends of the Earth Austria)

Es entbehrt wohl nicht einer gewissen Ironie, dass gerade der Versuch, weltumspannende Events der Zusammenarbeit und der Internationalen Friedenskultur zu schaffen, zu regelrechten Schismata geführt hat. Das vermindert keineswegs ihre Bedeutung, sollte aber den Beteiligten zu denken geben... Warum in Amerika der Earth Day eher mit dem 22. April identifiziert wird hat Dr. John C. Munday Jr., Professor of Natural Sciences, Regent University, Virginia Beach, beschrieben. Er nennt den 22. April den „Earth Day II“. Zu Beginn des Jahres 1970 unterzeichnete Präsident Nixon unter großer Zustimmung der Bevölkerung, den nationalen Umweltschutzplan. Während des Frühlings, entwickelte Senator Gaylord Nelson die Idee, auf dem Universitätsgelände Vorträge über Umweltschutz anzubieten und die Studenten für Umweltaktivismus zu begeistern. Als Datum dafür wurde von Senator Nelson der 22. April, der Geburtstag des Proklamators des „Arbor Day“, J. Sterling Morton, Herausgeber der „Nebraska City News“, ausgewählt: Der Baum Tag, von lat. Arbor = Baum, schlägt das Setzen und Pflegen von Bäumen zur schönen Landschaftsgestaltung und zur Gesundheit von Städten und Vororten vor... So wird der Feiertag selbst zum Motor praktischer Veränderung. Beim ersten Arbor Day wurden im Staat Nebraska 1872 mehr als 1 Million Bäume gesetzt! (Der „Internationale Baumtag“ wurde allerdings inzwischen mit dem 26. April festgelegt. In den einzelnen Staaten Amerikas werden an verschiedenen Tagen entsprechende Baumpflanzaktionen durchgeführt). Schließlich wurden die Aktivitäten auf dem Universitätscampus mit dem Begriff „Earth Day“ gleichgesetzt - das war den Veranstaltern sehr recht und sie griffen dieses Etikett dankbar auf. Damit war die Verwirrung geboren und verstärkte sich noch damit, dass der 22. April vermehrt mit dem Namen von John McConnell, dem Erfinder von Earth Day I, in Verbindung gebracht wurde. Der 22. April wird auch heute noch als Tag der Auseinandersetzung über Umweltschutz- und Klimaschutzprobleme auf den Universitäten weltweit begangen, auch in Österreich. Währenddessen haben sich McConnells Aktivitäten immer stärker in Richtung der Themen Frieden, Verbindung von Ökologie mit sozialer Gerechtigkeit und Dialog der Kulturen entwickelt. Zusätzlich haben die Vereinten Nationen 1972 auf Vorschlag des UN-Umweltschutzausschusses den 5. Juni als „World Environment Day“, Welt-Umweltschutztag ins Leben gerufen. In Österreich wird er vor allem von der Umweltberatung propagiert. Munday schlägt vor, diesen Tag als Earth Day III zu bezeichnen und ihm wie den beiden anderen jeweils bestimmte Sinngehalte zuzuordnen. Dieser Earth Day III gilt somit als Tag für die Regierungsverantwortlichkeit in Fragen des Umweltschutzes, während der Earth Day I der Wahrnehmung der Umweltprobleme und der Schaffung eines globalen Bewusstseins gewidmet ist, und der Earth Day II für Aktivitäten der Bevölkerung in Umweltschutzfragen verwendet werden könnte. Zwischen Earth Day I und Earth Day III ist genau eine Zeitspanne von einem Viertel Jahr, eine idealel Zeiträume, Umweltschutz-Projekte umzusetzen. Alle diese Tage können helfen unser Verständnis von der Wichtigkeit einer „gesunden Erde“ zu vertiefen. Somit ist die Frage welcher der echte „Earth Day“ ist auch nicht weiter hilfreich! Auch andere „Umwelttage“ während des Jahres wie z.B. der Autofreie Tag können zu einem Teil eines jährlichen Kalenders, zu einem Netzwerk an Tagen, für die Bewahrung des weltweiten Ökosystems „Erde“, genutzt werden....